

REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

[Nummer Erlassregister]

Vorentwurf eines Erlasses der Regierung über Berufsausbildungen für Arbeitsuchende

DIE REGIERUNG DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT,

Aufgrund des Erlassgesetzes vom 28. Dezember 1944 über die soziale Sicherheit der Arbeitnehmer, Artikel 7, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 25. April 2016;

Aufgrund des Dekrets vom 17. Januar 2000 zur Schaffung eines Arbeitsamtes in der Deutschsprachigen Gemeinschaft, Artikel 2 §1 Nummern 2 und 6, abgeändert durch das Dekret vom 25. April 2016, Artikel 2 §2 Absatz 1 und Artikel 2 §5, abgeändert durch das Dekret vom 25. Juni 2007;

Aufgrund des Erlasses der Exekutive vom 12. Juni 1985 über die Bewilligung gewisser Vorteile an Personen, die eine Berufsausbildung und -umschulung erhalten;

Aufgrund des Königlichen Erlasses vom 25. November 1991 zur Regelung der Arbeitslosigkeit;

Aufgrund des Gutachtens des Finanzinspektors vom [Datum];

Aufgrund des Einverständnisses des Ministerpräsidenten, zuständig für den Haushalt, vom 29. Juni 2018;

Aufgrund der gleichlautenden Stellungnahme des Ministerrates vom ***;

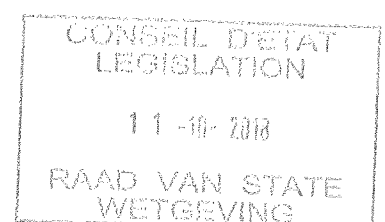
Aufgrund des Gutachtens Nr. [Nummer] des Staatsrates, das am [Datum] in Anwendung von Artikel 84 §1 Absatz 1 Nummer 2 der koordinierten Gesetze über den Staatsrat vom 12. Januar 1973 abgegeben wurde;

In Erwägung des Gutachtens des Wirtschafts- und Sozialrates der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 4. September 2018;

Auf Vorschlag des Ministers für Beschäftigung;

Nach Beratung,

Beschließt:



KAPITEL 1 – ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

Artikel 1 – Begriffsbestimmungen

Für die Anwendung des vorliegenden Erlasses versteht man unter:

1. Arbeitnehmer: die Person, die durch einen Arbeitsvertrag gebunden ist oder die Person, die nicht unter einen Arbeitsvertrag fällt, jedoch gegen Entlohnung einer Tätigkeit unter Verantwortung und Autorität von einer anderen Person oder einer Arbeit unter ähnlichen Bedingungen nachgeht;
2. Arbeitsamt: das Arbeitsamt der Deutschsprachigen Gemeinschaft;
3. arbeitsmarktrelevante Berufsausbildung: Berufsausbildung, die die Integrationschancen des Arbeitssuchenden in den Arbeitsmarkt nachhaltig verbessert;
4. Arbeitsuchender: jede Person, die beim Arbeitsamt eingetragen ist;
5. Dekret vom 17. Januar 2000: das Dekret vom 17. Januar 2000 zur Schaffung eines Arbeitsamtes in der Deutschsprachigen Gemeinschaft;
6. Dienststelle: die Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für selbstbestimmtes Leben;
7. ECTS: im Rahmen des Europäischen System zur Übertragung und Akkumulierung von Studienleistungen vergebene Leistungspunkte;
8. Eingliederungsweg: Gesamtheit der Schritte und Maßnahmen, die darauf abzielen, den Arbeitsuchenden erfolgreich in den Arbeitsmarkt zu integrieren;
9. entschädigte Vollarbeitslose: die Person, die keiner Beschäftigung nachgeht und die Bedingungen zum Erhalt einer Arbeitslosenunterstützung im Sinne von Artikel 27 Nr.4 des Erlasses vom 25. November 1991 erfüllt ;
10. Erlass vom 25. November 1991: der Königliche Erlass vom 25. November 1991 zur Regelung der Arbeitslosigkeit;
11. Kursteilnehmer: die Person, die einer Berufsausbildung nachgeht;
12. LfA: das Landesamt für Arbeitsbeschaffung;
13. Minister: der für Beschäftigung zuständige Minister;
14. Praktikant: der Arbeitsuchende, der ein Einstiegspraktikum gemäß Kapitel 5 Abschnitt 2 absolviert;
15. unbeschäftigter Arbeitsuchender:
 - a) der Arbeitsuchende, der keiner entlohnerten Berufstätigkeit nachgeht;
 - b) der unfreiwillige Teilzeitarbeitnehmer im Sinne von Artikel 29 des Erlasses vom 25. November 1991;
16. Vermittlungsdienst eines anderen Teilstaats: folgende Dienste der anderen Teilstaaten Belgiens, die gleichwertige Aufgaben wie das Arbeitsamt erfüllen:
 - a) VDAB: der flämische Dienst für Arbeitsvermittlung und Berufsbildung, geschaffen durch das Dekret der Flämischen Gemeinschaft vom 7. Mai 2004 zur Schaffung der öffentlich-rechtlichen externen verselbstständigten Agentur „Flämischer Dienst für Arbeitsvermittlung und Berufsbildung“;
 - b) FOREM : das Wallonische Amt für Berufsbildung und Arbeitsbeschaffung, geschaffen durch das Dekret der Wallonischen Region vom 6. Mai 1999 über das Wallonische Amt für Berufsbildung und Arbeitsbeschaffung;
 - c) ACTIRIS: der regionale Brüsseler Dienst für Arbeitsvermittlung, geschaffen durch die Ordonnanz vom 18. Januar 2001 über die Organisation und die Arbeitsweise von Actiris;
 - d) Bruxelles Formation: das französischsprachige Brüsseler Institut für die Berufsausbildung, geschaffen durch das Dekret der französischen Gemeinschaftskommission vom 17. März 1994 zur Schaffung des französischsprachigen Brüsseler Instituts für die Berufsausbildung ;
17. verpflichtend eingetragener Arbeitsuchender: jeder Arbeitsuchende, der sich im Hinblick auf den Erhalt des Arbeitslosengelds oder der Berufseingliederungszulage beim Arbeitsamt eingetragen hat.

KAPITEL 2 – GEMEINSAME BESTIMMUNGEN

Abschnitt 1 – Berufsausbildungen

Art. 2 – Berufsausbildung

Im Rahmen des vorliegenden Erlasses sind unter Berufsausbildungen im Sinne von Artikel 27 Nr. 6 des Erlasses vom 25. November 1991 alle Maßnahmen zu verstehen, die dem Kursteilnehmer die für die Ausübung einer qualifizierten beruflichen Tätigkeit notwendigen beruflichen Fertigkeiten, Kenntnisse und Fähigkeiten in einem geordneten Ausbildungsgang oder durch eine praktische Ausbildung am Arbeitsplatz vermitteln.

Die Berufsausbildung umfasst:

1. das Erlernen eines Handwerkes oder eines Berufes;
2. die Umschulung im Handwerk oder Beruf;
3. das Aneignen der zur Ausübung einer Berufstätigkeit notwendigen Kompetenzen und Sprach- und Fachkenntnisse;
4. die Umschulung, Verbesserung und Erweiterung der beruflichen Kenntnisse.

Die Berufsausbildung kann in einer vom Arbeitsamt organisierten oder bezuschussten Einrichtung absolviert werden. Außerdem kann es sich bei der Berufsausbildung um eine individuelle Berufsausbildung im Unternehmen oder um eine individuelle Berufsausbildung in einer Bildungseinrichtung, die vom Arbeitsamt anerkannt ist, handeln.

Abschnitt 2 – Gemeinsame Verfahrensbestimmungen

Art. 3 – Anerkennung von Berufsausbildungen

Eine Berufsausbildung kann unter folgenden Bedingungen anerkannt werden:

1. sie weist die in Artikel 2 erwähnten Merkmale auf;
2. sie ist für das deutsche Sprachgebiet arbeitsmarktrelevant;
3. sie ist qualitativ hochwertig.

Das Arbeitsamt erkennt Berufsausbildungen entweder aus Eigeninitiative oder auf Antrag an. Zwecks Anerkennung trägt entweder das Arbeitsamt folgende Informationen aus Eigeninitiative zusammen oder eine der in Artikel 7 erwähnten Personen reicht sie dort ein:

1. Name, Adresse, Rechtsform und Kontaktperson des Ausbildungsträgers;
2. Bezeichnung und Beschreibung der Ausbildung;
3. Beschreibung des Programminhaltes, des Ausbildungsortes und der Ausbildungszeiten;
4. Angaben über das Diplom oder Zertifikat, das am Ende der Berufsausbildung ausgehändigt wird.

Berufsausbildungen, die bereits von einer anderen belgischen oder ausländischen Behörde anerkannt wurden, erkennt das Arbeitsamt von Rechts wegen an.

Ist die Berufsausbildung nicht von einer anderen belgischen oder ausländischen Behörde anerkannt, entscheidet das Arbeitsamt über die Anerkennung auf Grundlage der in den Absätzen 1 und 2 erwähnten Merkmale.

Art. 4 – Zulassung zu einer Berufsausbildung

§1 – Unbeschäftigte Arbeitsuchende, Arbeitnehmer, Selbstständige, Arbeitgeber oder statutarische Personalmitglieder können zu einer gemäß Artikel 3 anerkannten oder vom Arbeitsamt organisierten Berufsausbildung zugelassen werden.

Das Arbeitsamt empfiehlt dem unbeschäftigten Arbeitsuchenden die Teilnahme an einer vom Arbeitsamt organisierten oder anerkannten Berufsausbildung und kann ihn zur Teilnahme verpflichten.

§2 – Handelt es sich um einen unbeschäftigten Arbeitsuchenden, reicht dieser entweder aus Eigeninitiative einen vollständig ausgefüllten, datierten und unterzeichneten Antrag auf Zulassung zu einer Berufsausbildung beim Arbeitsamt ein oder füllt diesen Antrag gemeinsam mit einem Berater des Arbeitsamtes aus. Dieser Antrag enthält folgende Informationen:

1. falls er den Antrag aus Eigeninitiative einreicht, ein Bewerbungsschreiben, aus dem hervorgeht, dass die Berufsausbildung in seinen Eingliederungsweg passt und arbeitsmarktrelevant ist;
2. ein ausführliches Programm der Berufsausbildung;
3. genaue Angaben zum Beginn und Ende der Berufsausbildung sowie zu den Ausbildungstagen, Ausbildungsstunden und dem Ausbildungsort.

Handelt es sich um Arbeitnehmer, Arbeitgeber, Selbstständige oder statutarische Personalmitglieder reichen diese einen Antrag auf Zulassung zu einer vom Arbeitsamt organisierten Berufsausbildung beim Arbeitsamt ein. Dieser Antrag enthält folgende Informationen:

1. Name, Adresse, Rechtsform und Kontaktperson des Arbeitgebers;
2. Bezeichnung und Beschreibung der Ausbildung;
3. Beschreibung des Programminhaltes, des Ausbildungsortes und der Ausbildungszeiten;
4. Name und Wohnsitz des Antragstellers.

§3 – Für die Zulassung zu einer Berufsausbildung ist der unbeschäftigte Arbeitsuchende und der entschädigte Vollarbeitslose gegenüber Arbeitnehmern, Selbstständigen, Arbeitgebern oder statutarischen Personalmitgliedern bevorrechtigt.

Art. 5 – Gewährung einer Freistellung oder einer Prämie und Fahrtkostenentschädigung

Wenn das Arbeitsamt die Teilnahme an einer Berufsausbildung gemäß Artikel 4 zulässt, kann es gleichzeitig:

1. dem unbeschäftigten Arbeitsuchenden gemäß den in Kapitel 3 festgelegten Bedingungen und Modalitäten eine Prämie und eine Fahrtkostenentschädigung gewähren;
2. dem entschädigten Vollarbeitslosen gemäß den in Kapitel 4 festgelegten Bedingungen und Modalitäten eine Freistellung gewähren.

Art. 6 – Abschluss eines Berufsausbildungsvertrags

Nach der gemäß Artikel 4 erfolgten Zulassung zu einer Berufsausbildung und der gemäß Artikel 5 erfolgten Gewährung einer Freistellung oder einer Prämie und Fahrtkostenentschädigung schließen das Arbeitsamt und, je nach Fall, der unbeschäftigte Arbeitsuchende bzw. der entschädigte Vollarbeitslose einen Berufsausbildungsvertrag gemäß den in Abschnitt 4 festgelegten Bedingungen und Modalitäten ab.



Folgende Ausbildungsverträge werden dem Berufsausbildungsvertrag des Arbeitsamtes gleichgestellt:

1. eine Einschreibebescheinigung, die im Rahmen eines Vollzeitstudiums im Sinne von Artikel 29 ausgestellt wird;
2. Lehrverträge, die im Rahmen einer dualen Ausbildung im Sinne von Artikel 30 abgeschlossen werden;
3. Ausbildungsverträge, die im Rahmen einer Ausbildungsmaßnahme der Dienststelle im Sinne von Artikel 31 abgeschlossen werden;
4. Vereinbarungen, die im Rahmen einer Aktivitätengenossenschaft im Sinne von Artikel 32 abgeschlossen werden;
5. Ausbildungsverträge, die im Rahmen einer Ausbildung durch Arbeit im Sinne von Artikel 33 abgeschlossen werden.

Abschnitt 3 – Bedingungen zur Zulassung zu einer Berufsausbildung

Art. 7 – Bedingungen

§1 – Das Arbeitsamt lässt die Teilnahme an einer in Artikel 2 vorgesehenen Berufsausbildung zu, wenn:

1. der unbeschäftigte Arbeitsuchende seinen Wohnsitz im deutschen Sprachgebiet hat;
2. die Ausbildung in den Eingliederungsweg des unbeschäftigten Arbeitsuchenden passt;
3. die Ausbildung für den unbeschäftigten Arbeitsuchenden arbeitsmarktrelevant ist;
4. der unbeschäftigte Arbeitsuchende nicht der Vollzeitschulpflicht unterliegt;
5. der unbeschäftigte Arbeitsuchende noch nicht das gesetzliche Pensionsalter erreicht hat.

Für die Anwendung von Absatz 1 Nummer 2 entscheidet das Arbeitsamt aufgrund der Fähigkeit, der beruflichen Vergangenheit und der persönlichen Situation des Antragsstellers. Der Antragssteller kann einem medizinischen, psychologischen sowie Berufseignungstest unterzogen werden.

§2 – Sind von der Erfüllung der in Paragraph 1 erwähnten Bedingungen freigestellt:

1. Arbeitnehmer;
2. Selbstständige;
3. statutarische Personalmitglieder.

Personen, die keinen Wohnsitz im deutschen Sprachgebiet haben, können auf Antrag eines Vermittlungsdienstes eines anderen Teilstaats vom Arbeitsamt ebenfalls von der Erfüllung der in Paragraph 1 erwähnten Bedingungen freigestellt werden.

§3 – Der unbeschäftigte Arbeitsuchende oder die in Paragraph 2 erwähnten Personen können der Berufsausbildung erst dann nachgehen, wenn das Arbeitsamt sie gemäß Artikel 4 dazu zugelassen hat.

Abschnitt 4 – Berufsausbildungsvertrag

Art. 8 – Individueller Berufsausbildungsvertrag

Bei dem gemäß Artikel 6 abgeschlossenen Berufsausbildungsvertrag handelt es sich um einen individuellen Vertrag, der schriftlich vor Beginn der Berufsausbildung abgeschlossen wird.

Das Arbeitsamt schließt keinen Berufsausbildungsvertrag mit Arbeitnehmern, Selbstständigen und statutarischen Personalmitgliedern ab. Diese können an einer Berufsausbildung teilnehmen, sofern sie gemäß Artikel 4 dazu zugelassen wurden.

Art. 9 – Inhalt

Der Berufsausbildungsvertrag beinhaltet folgende Angaben:

1. Identität und Wohnsitz des Kursteilnehmers;
2. das Datum des Beginns der Ausbildung und die voraussichtliche Dauer;
3. Name, Adresse, Rechtsform und Kontaktperson des Ausbildungsträgers;
4. genaue Angaben zu der Anzahl der Unterrichtstage und -stunden pro Woche;
5. eine Beschreibung der Ausbildung sowie den Inhalt und das Ziel und den Ausbildungsort;
6. die Rechte und Pflichten der Vertragsparteien. Diese beziehen sich insbesondere auf:
 - a) die aus dem vorliegenden Erlass hervorgehenden Verpflichtungen;
 - b) die Teilnahmemodalitäten an der Berufsausbildung;
 - c) Maßnahmen bei Arbeitsunfähigkeit und Abwesenheiten.

Art. 10 – Änderung der persönlichen Situation

Der unbeschäftigte Arbeitsuchende und der entschädigte Vollarbeitslose teilen dem Arbeitsamt jede Änderung ihrer persönlichen Situation mit. Als Änderung der persönlichen Situation gilt jedes Element, das einen Einfluss auf den Berufsausbildungsvertrag, die Freistellung oder die Prämie und die Fahrtkostenentschädigung haben kann. Gelten insbesondere als Änderung der persönlichen Situation:

1. Wohnsitzwechsel;
2. Beginn einer bezahlten Arbeit;
3. Beendigung und Abbruch der Berufsausbildung;
4. Änderung der Ausbildungsdauer.

In Ermangelung einer Mitteilung über die Änderung der persönlichen Situation kann das Arbeitsamt den Berufsausbildungsvertrag fristlos kündigen.

Hat der unbeschäftigte Arbeitsuchende und der entschädigte Vollarbeitslose aufgrund der in Absatz 2 erwähnten Verfehlung auf ungerechtfertigte Weise eine Prämie und eine Fahrtkostenentschädigung bezogen, fordert das Arbeitsamt die entsprechenden Beträge zurück.

Mit der Kündigung des Berufsausbildungsvertrages endet ebenfalls die Gewährung der Freistellung.

Art. 11 – Aussetzung des Vertrags

Wenn der Kursteilnehmer wegen Krankheit oder aufgrund eines Unfalls nicht an der Ausbildung teilnehmen kann, wird der Vertrag ausgesetzt. Der Kursteilnehmer rechtfertigt seine Unfähigkeit durch ein ärztliches Attest.

Die Aussetzung des Berufsausbildungsvertrags hat zur Folge, dass der Kursteilnehmer für die Dauer der Aussetzung nicht an der Berufsausbildung teilnehmen und das Arbeitsamt keine Prämie und Fahrtkostenentschädigung zahlen muss.



Wenn die Reintegration des Kursteilnehmers in die Ausbildung aufgrund einer langfristigen oder wiederholten Aussetzung unmöglich wird, kann das Arbeitsamt den Vertrag kündigen.

Art. 12 – Fristlose Kündigung

Unbeschadet der Anwendung der Artikel 10, 11 und 50-52 kann das Arbeitsamt den Berufsausbildungsvertrag fristlos kündigen, wenn der Kursteilnehmer:

1. einen in den Artikeln 232-235 des Sozialstrafgesetzbuches erwähnten Verstoß begangen hat, um zu einer Berufsausbildung zugelassen zu werden;
2. gegen die aus dem Berufsausbildungsvertrag hervorgehenden Verpflichtungen verstößt oder diesen Verpflichtungen nicht nachkommt.

Art. 13 – Kündigung aufgrund mangelnder Eignung

Das Arbeitsamt kann den Berufsausbildungsvertrag auflösen, wenn der Kursteilnehmer nicht die nötige Eignung besitzt, um mit Erfolg am normalen Ablauf der Ausbildung teilzunehmen.

KAPITEL 3 – PRÄMIE, FAHRTKOSTENENTSCHÄDIGUNG UND VERSICHERUNG

Abschnitt 1 – Allgemeine Bestimmungen

Art. 14 – Prämie

§1 – Das Arbeitsamt kann den in Abschnitt 2 definierten Berechtigten eine Prämie von höchstens 150 Euro pro Monat für eine vollzeitige Berufsausbildung gewähren.

Eine vollzeitige Berufsausbildung umfasst 38 Ausbildungsstunden pro Woche oder 60 ECTS pro Studienjahr. Eine Ausbildungsstunde umfasst mindestens 45 Minuten.

§2 – Wenn die wöchentliche Berufsausbildungsdauer weniger als 38 Stunden pro Woche oder das Studienjahr weniger als 60 ECTS umfasst, wird die in Paragraph 1 vorgesehene Prämie im Verhältnis zur Ausbildungszeit gezahlt.

§3 – Wenn kein Anrecht auf eine vollständige monatliche Prämie besteht, entspricht die monatliche Prämie dem Resultat der Multiplikation der entsprechenden Prämie mit der Bruchzahl, deren Nenner die Anzahl Werktagen des Monats entsprechend dem anzuwendenden Berufsausbildungsregimes darstellt und deren Zähler die Anzahl tatsächlicher oder gleichgestellter Berufsausbildungstage darstellt.

§4 – In Abweichung der Paragraphen 2-3 wird für unbeschäftigte Arbeitsuchende, die einer Vorschalt- und/oder Integrationsmaßnahme im Sinne von Artikel 20 folgen, die monatliche Prämie im Verhältnis zur tatsächlichen Anwesenheit gezahlt.

Der in Absatz 1 erwähnte Arbeitsuchende reicht monatlich eine Anwesenheitsliste, die vom Maßnahmenträger ausgestellt wird, beim Arbeitsamt ein.

Bleibt der unbeschäftigte Arbeitsuchende der Vorschalt- oder Integrationsmaßnahme mehr als 20% seiner monatlichen Ausbildungszeit unentschuldigt fern, erhält er für diesen Monat weder eine Prämie noch eine Fahrtkostenentschädigung.

[Handwritten signature]

§5 – Das Arbeitsamt zahlt die Prämie monatlich auf das Konto des unbeschäftigten Arbeitsuchenden aus.

§6 – Der Minister kann weitere Modalitäten der Auszahlung und Indexierung der Zuschüsse festlegen.

Art. 15 – Fahrkostenentschädigung

Die in Abschnitt 2 definierten Berechtigten, die Anrecht auf eine in Artikel 14 erwähnte Prämie haben, haben ebenfalls Anrecht auf eine Fahrkostenentschädigung. Dazu gewährt das Arbeitsamt eine Fahrkostenentschädigung in Form eines Tagessatzes, indem es einen Beitrag zu den Kosten leistet, die dem unbeschäftigten Arbeitsuchenden in einer Berufsausbildung durch die Benutzung von Beförderungsmitteln beim Zurücklegen der Fahrtstrecke zwischen der Ortschaft, in der sich sein Wohnsitz befindet, und der Ortschaft, in der die Berufsausbildung ausgeübt wird, entstehen. Die Fahrkostenentschädigung wird unter der Bedingung gewährt, dass eine einzelne Fahrtstrecke mindestens 5 km beträgt.

Der Tagessatz der Fahrkostenentschädigung entspricht dem Preis des Monats-Sozialabonnements 2. Klasse der Belgischen Eisenbahngesellschaft geteilt durch 3,3027 multipliziert mit 52 geteilt durch 261.

Das Arbeitsamt erstattet die Fahrkosten bis zu einer Fahrtstrecke von 150 km pro Fahrt gemäß der in Absatz 2 festgelegten Formel zurück.

Das Arbeitsamt zahlt die Fahrkostenentschädigung monatlich auf das Konto des unbeschäftigten Arbeitsuchenden aus.

Abschnitt 2 - Berechtigte

Art. 16 – Jugendliche Arbeitsuchende

Das Arbeitsamt gewährt eine Prämie und eine Fahrkostenentschädigung für unbeschäftigte Arbeitsuchende, die zu Beginn der Berufsausbildung:

1. höchstens 25 Jahre alt sind;
2. höchstens im Besitz eines:
 - a) Abschlusszeugnisses der Oberstufe des Sekundarunterrichts sind und keiner Ausbildung folgen, die in den folgenden drei Monaten zum Erhalt eines höheren Zeugnisses führt, oder;
 - b) Gesellenzeugnisses der in Artikel 7 des Dekrets vom 16. Dezember 1991 über die Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen erwähnten Lehre sind und keiner Lehre folgen, die in den folgenden 3 Monaten zum Erhalt eines höheren Zeugnisses führt, oder;
 - c) gleichwertigen Zeugnisses wie unter Buchstaben a) und b) eines anderen Teilstaates oder eines anderen Staates sind;
3. eine Dauer der Eintragung beim Arbeitsamt von mindestens 6 Monaten vorweisen;
4. nicht bereits eine Ausbildungsentschädigung von einer anderen öffentlichen Einrichtung oder ein Berufseinkommen erhalten;
5. eine Ausbildungsdauer vorweisen, die:
 - a) mindestens 20 Stunden pro Woche beträgt, oder;
 - b) mindestens 4 Wochen beträgt.

Art. 17 – Ältere Arbeitsuchende



Das Arbeitsamt gewährt eine Prämie und eine Fahrtkostenentschädigung für unbeschäftigte Arbeitsuchende, die zu Beginn der Berufsausbildung:

1. mindestens 50 Jahre alt sind;
2. eine Dauer der Eintragung beim Arbeitsamt von mindestens einem Monat vorweisen;
3. die letzte Arbeitsstelle unfreiwillig verloren haben;
4. nicht bereits eine Ausbildungsentschädigung von einer anderen öffentlichen Einrichtung oder ein Berufseinkommen erhalten;
5. eine Ausbildungsdauer vorweisen, die:
 - a) mindestens 20 Stunden pro Woche beträgt, oder;
 - b) mindestens 4 Wochen beträgt.

Unter unfreiwillig verllorener Arbeitsstelle im Sinne von Absatz 1 Nummer 3 versteht man:

1. das Verlieren der Arbeitsstelle aufgrund einer Kündigung durch den letzten Arbeitgeber;
2. die Nicht-Verlängerung eines befristeten Arbeitsvertrags;
3. das Verlieren der Arbeitsstelle aus amtlich festgestellten gesundheitlichen und/oder psychologischen Gründen;
4. die Beendigung der Selbstständigkeit infolge eines Konkurses.

Das unfreiwillige Verlieren der Arbeitsstelle weist der unbeschäftigte Arbeitsuchende mittels einer ehrenwörtlichen Erklärung nach, die er zum Zeitpunkt des in Artikel 4 erwähnten Antrags beim Arbeitsamt einreicht.

Art. 18 – Langzeitarbeitsuchende

Das Arbeitsamt gewährt eine Prämie und eine Fahrtkostenentschädigung für unbeschäftigte Arbeitsuchende, die zu Beginn der Berufsausbildung:

1. eine Dauer der Eintragung beim Arbeitsamt von mindestens zwölf Monaten vorweisen;
2. nicht bereits eine Ausbildungsentschädigung von einer anderen öffentlichen Einrichtung oder ein Berufseinkommen erhalten;
3. eine Ausbildungsdauer vorweisen, die:
 - a) mindestens 20 Stunden pro Woche beträgt, oder;
 - b) mindestens 4 Wochen beträgt.

Art. 19 – Niedrigqualifizierte Arbeitsuchende

Das Arbeitsamt gewährt eine Prämie und eine Fahrtkostenentschädigung für unbeschäftigte Arbeitsuchende, die zu Beginn der Berufsausbildung:

1. nicht im Besitz eines:
 - a) Abschlusszeugnisses der Oberstufe des Sekundarunterrichts sind, und keiner Ausbildung folgen, die in den folgenden drei Monaten zum Erhalt eines solchen Zeugnisses führt, oder;
 - b) Gesellenzeugnisses der in Artikel 7 des Dekrets vom 16. Dezember 1991 über die Aus- und Weiterbildung im Mittelstand und in kleinen und mittleren Unternehmen erwähnten Lehre sind und keiner Lehre folgen, die in den folgenden 3 Monaten zum Erhalt eines solchen Zeugnisses führt, oder;
 - c) gleichwertigen Zeugnisses wie unter Buchstaben a) und b) eines anderen Teilstaates oder eines anderen Staates sind;
2. nicht bereits eine Ausbildungsentschädigung von einer anderen öffentlichen Einrichtung oder ein Berufseinkommen erhalten;
3. eine Ausbildungsdauer vorweisen, die:
 - a) mindestens 20 Stunden pro Woche beträgt, oder;

b) mindestens 4 Wochen beträgt.

Art. 20 – Arbeitsuchende in Vorschalt- und Integrationsmaßnahmen

Das Arbeitsamt gewährt eine Prämie und eine Fahrtkostenentschädigung für unbeschäftigte Arbeitsuchende, die:

1. einer Vorschalt- oder Integrationsmaßnahme folgen;
2. nicht bereits eine Ausbildungsentschädigung von einer anderen öffentlichen Einrichtung oder ein Berufseinkommen erhalten.

Der Minister legt die Liste der in Absatz 1 Nummer 1 erwähnten Maßnahmen fest.

Abschnitt 3 – Versicherung

Art. 21 – Versicherungsvertrag

Im Falle von Berufsausbildungen, die nicht in den Anwendungsbereich des Gesetzes vom 10. April 1971 über die Arbeitsunfälle oder des Gesetzes vom 3. Juli 1967 über die Vorbeugung von oder den Schadenersatz für Arbeitsunfälle, Wegeunfälle und Berufskrankheiten im öffentlichen Sektor fallen, schließt das Arbeitsamt für die unbeschäftigten Arbeitsuchenden und die entschädigten Arbeitsuchenden einen Versicherungsvertrag gegen Unfälle während der Berufsausbildung und auf dem Weg vom und zum Ausbildungsort ab. Dieser Versicherungsvertrag räumt dem Arbeitsuchenden dieselben Vorteile ein wie diejenigen, die ein Versicherer aufgrund des vorerwähnten Gesetzes vom 10. April 1971 und seinen Ausführungserlassen einem Lohnempfänger im erlernten Beruf einräumen muss.

Im Falle von Berufsausbildungen, die zwar in den Anwendungsbereich der vorerwähnten Gesetze vom 10. April 1971 und vom 3. Juli 1967 fallen, jedoch keine Deckung gegen Unfälle während der Berufsausbildung und auf dem Weg vom und zum Ausbildungsort aufweisen, schließt das Arbeitsamt für die unbeschäftigten Arbeitsuchenden und die entschädigten Arbeitsuchenden einen Versicherungsvertrag ab, durch den diese Risiken gedeckt sind.

In Abweichung von den Absätzen 1 und 2 schließt das Arbeitsamt für die Kursteilnehmer, die einer der folgenden Berufsausbildungen folgen, keinen Versicherungsvertrag ab:

1. Vollzeitunterricht im Sinne von Artikel 29;
2. duale Ausbildungen im Sinne von Artikel 30;
3. Ausbildungsbeihilfen der Dienststelle im Sinne von Artikel 31;
4. Aktivitäten im Rahmen einer Vereinbarung mit einer Aktivitätengenossenschaft im Sinne von Artikel 32;
5. Ausbildung durch Arbeit im Sinne von Artikel 33.

Unbeschadet der Absätze 1-3 schließt das Arbeitsamt einen Haftpflichtversicherungsvertrag im Sinne des Gesetzes vom 4. April 2014 über die Versicherungen für die Dauer der Berufsausbildung ab. Dieser Versicherungsvertrag deckt die individuelle Haftung der unbeschäftigten Arbeitsuchenden und der entschädigten Arbeitsuchenden und gegebenenfalls des Arbeitsamtes für Schäden, die unbeschäftigte Arbeitsuchende und entschädigte Arbeitsuchende Dritten, dem Ausbildungsträger, dem Betrieb, in dem sie ihre Ausbildung vollenden sowie den Mitarbeitern dieses Betriebes zufügen.

Abschnitt 1 – Allgemeine Bestimmungen

Art. 22 – Freistellung

Das Arbeitsamt kann den entschädigten Vollarbeitslosen von der in Artikel 56 des Erlasses vom 25. November 1991 erwähnten Verfügbarkeitspflicht für den Arbeitsmarkt freistellen, um einer Berufsausbildung im Sinne von Artikel 2 zu folgen.

Die in Absatz 1 erwähnte Freistellung erlaubt es dem entschädigten Vollarbeitslosen, ein zumutbares Stellenangebot oder eine zumutbare Stelle abzulehnen. Er ist ebenfalls von der Verpflichtung freigestellt, aktiv eine Arbeitsstelle zu suchen.

Art. 23 – Allgemeine Freistellungsbedingungen

Unbeschadet der in Abschnitt 2 festgelegten besonderen Zulassungsbedingungen wird die Freistellung für die Dauer der Berufsausbildung gewährt, wenn:

1. der entschädigte Vollarbeitslose den Antrag auf Zulassung zu einer Berufsausbildung gemäß Artikel 4 vor Beginn der Berufsausbildung beim Arbeitsamt eingereicht hat;
2. das Arbeitsamt den entschädigten Vollarbeitslosen gemäß Artikel 4 zur Berufsausbildung zugelassen hat;
3. die Berufsausbildung:
 - a) mindestens 4 Wochen, oder;
 - b) mindestens 20 Stunden pro Woche, oder;
 - c) mindestens 27 ECTS pro Studienjahr oder 14 ECTS pro Semester beträgt;
4. die Berufsausbildung hauptsächlich von montags bis freitags und von 8 Uhr bis 17 Uhr stattfindet;
5. der entschädigte Vollarbeitslose sich verpflichtet, während der Freistellung beim Arbeitsamt eingetragen zu sein.

Das Arbeitsamt kann in Abweichung von Absatz 1 Nummer 3 eine Freistellung gewähren, wenn es sich bei dem Berufsausbildungsjahr, in dem die dort festgelegten Stunden- oder ECTS-Schwellen nicht erreicht werden, um das Abschlussjahr der Berufsausbildung handelt.

Art. 24 – Grundsatz der einmaligen Freistellung

Das Arbeitsamt kann den entschädigten Vollarbeitslosen nur einmalig freistellen, um einer Berufsausbildung zu folgen.

Unter Berücksichtigung des Alters, des bereits absolvierten Studiums, der Eignungen, der Berufsvergangenheit, der Dauer der Arbeitslosigkeit des entschädigten Vollarbeitslosen, der Art der Berufsausbildung und der Möglichkeiten, die diese Ausbildung auf dem Arbeitsmarkt bietet, kann das Arbeitsamt eine Abweichung von dem in Absatz 1 vorgesehenen Grundsatz vornehmen.

Art. 25 – Freistellungszeitraum

Die Freistellung wird für die Dauer der Berufsausbildung, einschließlich der Ferienzeiten jedoch für höchstens zwölf Monate, gewährt.

Unbeschadet der Bestimmungen des Abschnitts 2 kann die in Absatz 1 vorgesehene Freistellung jeweils bei Ablauf eines zwölfmonatigen Zeitraums um einen weiteren zwölf-

monatigen Zeitraum verlängert werden, wenn das Arbeitsamt feststellt, dass der entschädigte Vollarbeitslose folgenden kumulativen Verpflichtungen nachkommt:

1. er folgt der Berufsausbildung regelmäßig;
2. er nimmt aktiv an den Maßnahmen teil, die das Arbeitsamt ihm vorschlägt;
3. er folgt den Vorladungen des Arbeitsamtes;
4. er besteht das Ausbildungsjahr.

Art. 26 – Ursprüngliche Freistellung durch das LfA

Der entschädigte Vollarbeitslose, der bereits eine Freistellung gemäß der Artikel 91-94 des Erlasses vom 25. November 1991 aufgrund ihrer jeweiligen Fassung vom 31. Dezember 2015 durch das LfA erhalten hat, bleibt weiterhin für die Dauer seiner Berufsausbildung freigestellt. Nach Ablauf dieser Freistellung kann er eine Erneuerung der Freistellung beim Arbeitsamt beantragen.

Art. 27 – Ursprüngliche Freistellung durch eine regionale Behörde

Der entschädigte Vollarbeitslose, der bereits eine Freistellung von einer anderen regionalen Behörde erhalten hat, bleibt weiterhin für die Dauer seiner Berufsausbildung freigestellt. Nach Ablauf dieser Freistellung kann er eine Erneuerung der Freistellung beim Arbeitsamt beantragen.

Abschnitt 2 – Besondere Freistellungsbedingungen je Berufsausbildungsart

Art. 28 – Vorschalt-, Integrations- und Qualifizierungsmaßnahme

Der entschädigte Vollarbeitslose kann freigestellt werden, wenn es sich bei der Berufsausbildung um eine vom Arbeitsamt organisierte oder anerkannte Qualifizierungsmaßnahme handelt.

Als Qualifizierungsmaßnahme im Sinne von Absatz 1 gilt jede Ausbildungsmaßnahme, die nicht zum Erhalt eines Diploms führt. Bei dieser Maßnahme kann es sich weder um eine Vorschalt- oder Integrationsmaßnahme, ein Vollzeitstudium, eine duale Ausbildung, eine Ausbildungsbeihilfe der DSL, eine Aktivitätengenossenschaft eine Ausbildung durch Arbeit noch um ein Praktikum wie sie im vorliegenden Erlass definiert ist, handeln.

Er kann ebenfalls freigestellt werden, wenn es sich bei der Berufsausbildung um eine Vorschalt- oder Integrationsmaßnahme handelt.

Der Minister legt die Liste der Vorschalt- oder Integrationsmaßnahmen fest.

Art. 29 – Vollzeitstudium

Der entschädigte Vollarbeitslose kann freigestellt werden, wenn es sich bei der Berufsausbildung um ein Vollzeitstudium in einer anerkannten Bildungseinrichtung handelt.

Als Vollzeitstudium gelten:

1. Sekundarunterricht der Oberstufe im Regelschulwesen, sofern der Berufsausbildungszeitraum mindestens 4 Wochen und durchschnittlich 20 Stunden pro Woche beträgt;

9

2. von einer Gemeinschaft oder in einem anderen Staat organisierter, anerkannter oder subventionierter Hochschulunterricht, sofern er mindestens 27 ECTS pro Studienjahr oder 14 ECTS pro Semester umfasst;

3. Kurse im Rahmen der schulischen Weiterbildung im Sinne von Kapitel 1 Abschnitt 4 des Programmdekrets 1997 oder gleichwertige Kurse eines anderen Teilstaates, sofern der Berufsausbildungszeitraum mindestens 4 Wochen und durchschnittlich 20 Stunden pro Woche beträgt.

Die Freistellung wird gewährt, wenn:

1. der entschädigte Vollarbeitslose als regulärer Schüler eingetragen ist. Die Freistellung wird nicht gewährt, wenn er als freier Schüler eingetragen ist;

2. das Vollzeitstudium das gleiche oder ein höheres Niveau als das bereits absolvierte Studium hat;

3. der entschädigte Vollarbeitslose nicht im Besitz eines Abschlusszeugnisses der Oberstufe des Sekundarunterrichts oder im Besitz eines Abschlusszeugnisses des Hochschulwesens ist;

4. der entschädigte Vollarbeitslose seine letzte Ausbildung an einer Schule und/oder im Rahmen einer Lehre am Tag, an dem er die Freistellung beantragt, seit mindestens zwei Jahren beendet hat;

5. die entschädigte Arbeitslosigkeit mindestens einen der folgenden Zeiträume beträgt:

a) einen Tag innerhalb der letzten 3 Monate, wenn das Vollzeitstudium auf einen Mangelberuf vorbereitet;

b) drei Monate, d.h. mindestens 78 Leistungen als entschädigter Vollarbeitsloser während der letzten zwei Jahre vor Beginn der Freistellung erhalten haben, wenn der entschädigte Arbeitsuchende höchstens 25 Jahre alt ist;

c) zwölf Monate, d.h. mindestens 312 Leistungen als entschädigter Vollarbeitsloser während der letzten zwei Jahre vor dem Beginn der Freistellung erhalten haben, wenn das Studium nicht auf einen Mangelberuf vorbereitet.

Das Arbeitsamt:

1. gewährt eine Abweichung von den in Absatz 3 Nummern 2 und 3 aufgeführten Bedingungen, wenn das bereits erhaltene Diplom keine ausreichenden Chancen auf dem Arbeitsmarkt bietet;

2. erstellt jährlich eine Liste der Berufe, für die ein Fachkräftemangel im Sinne von Absatz 3 Nummer 5 Buchstaben a) und c) identifiziert werden kann.

Art. 30 – Duale Ausbildung

Der entschädigte Vollarbeitslose kann freigestellt werden, wenn es sich bei der Berufsausbildung um eine duale Ausbildung im Sinne von Artikel 4 Nummer 17 des Sondergesetzes vom 8. August 1980 zur Reform der Institutionen handelt und er einem Lehrvertrag im Sinne von Artikel 27 Nummer 15 des Erlasses vom 25. November 1991 unterliegt.

Die Freistellung wird gewährt, wenn:

1. der entschädigte Vollarbeitslose seine letzte Ausbildung an einer Schule und/oder im Rahmen einer Lehre am Tag, an dem er die Freistellung beantragt, seit mindestens zwei Jahren beendet hat;

2. der entschädigte Vollarbeitslose, der bereits im Besitz eines Abschlusszeugnisses der dualen Ausbildungen ist, eine Ausbildung bei einem anderen als seinem aktuellen Arbeitgeber beginnt.

Art. 31 – Ausbildungsbeihilfen der Dienststelle

Der entschädigte Vollarbeitslose kann freigestellt werden, wenn es sich bei der Berufsausbildung um eine der folgenden Maßnahmen der Dienststelle handelt:

1. die durch den Erlass der Regierung vom 10. September 1993 zur Einrichtung und Regelung eines Systems der Ausbildung im Betrieb zur Vorbereitung der Integration von Personen mit einer Behinderung in den Arbeitsprozess geregelte Ausbildung im Betrieb;
2. das durch den Erlass der Regierung vom 28. November 1995 über Praktika zur beruflichen Rehabilitation von Personen mit Behinderung geregelte Ausbildungspraktikum;
3. die durch den Erlass der Regierung vom 18. Januar 2002 über das Orientierungspraktikum geregelte Orientierung im Betrieb.

Art. 32 – Unternehmerkandidat im Rahmen einer Aktivitätengenossenschaft

Der entschädigte Vollarbeitslose kann freigestellt werden, wenn er im Rahmen seiner Berufsausbildung als angehender Unternehmer eine Vereinbarung mit einer Aktivitätengenossenschaft im Sinne von Titel VIII Kapitel 1 des Gesetzes vom 1. März 2007 zur Festlegung verschiedener Bestimmungen schließt.

Die Freistellung wird gewährt, wenn:

1. die Aktivitätengenossenschaft gemäß Artikel 81 des vorerwähnten Gesetzes vom 1. März 2007 anerkannt ist;
2. der Arbeitnehmer zur Zielgruppe der schwer vermittelbaren Arbeitsuchenden oder anderer gefährdeter Gruppen im Sinne von Artikel 1 des Königlichen Erlasses vom 15. Juni 2009 zur Festlegung verschiedener Bestimmungen über das Statut der angehenden Unternehmer in einer Aktivitätengenossenschaft gehört;
3. die finanziellen oder materiellen Leistungen, die der entschädigte Vollarbeitslose während der Vereinbarungsdauer erhält, auf einen Zuschuss von höchstens 2 Euro pro Arbeitsstunde begrenzt sind.

In Abweichung von Artikel 26 wird in diesem Fall die Freistellung für die Dauer der Vereinbarung gewährt mit einer Höchstdauer von 18 Monaten. Sie kann mehrere Male gewährt werden. Auch im Fall einer Kumulierung von Freistellungen, um einer oder mehreren Berufsausbildungen als Unternehmerkandidat in einer Aktivitätengenossenschaft zu folgen, kann die Gesamtdauer der Freistellung 18 Monate nicht überschreiten.

Art. 33 – Ausbildung durch Arbeit

Der entschädigte Vollarbeitslose kann freigestellt werden, wenn die Berufsausbildung:

1. in einem Ausbildungsbetrieb stattfindet, der gemäß den Bestimmungen des Dekrets der Wallonischen Region vom 10. Juli 2013 über die Zentren zur sozial-beruflichen Eingliederung zugelassen ist;
2. in einer Ausbildungswerkstatt stattfindet, die gemäß dem Dekret der französischen Gemeinschaftskommission von Brüssel-Hauptstadt vom 27. April 1995 zur Zulassung bestimmter Einrichtungen der sozialen und beruflichen Eingliederung und zur Subventionierung ihrer Berufsbildungsaktivitäten, um die Chancen von Arbeitslosen und gering qualifizierten Arbeitsuchenden zu erhöhen, im Rahmen koordinierter Programme der sozialen und beruflichen Eingliederung eine Beschäftigung zu finden oder wieder aufzunehmen, zugelassen ist.

Die Freistellung wie im ersten Abschnitt beschrieben, wird gewährt, wenn:

1. der entschädigte Vollarbeitslose zu Beginn der Ausbildung mindestens 18 Jahre alt und nicht im Besitz eines Diploms oder Abschlusszeugnisses der Oberstufe des Sekundarunterrichts ist;
2. der entschädigte Vollarbeitslose zu Beginn der Berufsausbildung seit mindestens 6 Monaten als arbeitsuchend beim Arbeitsamt eingetragen ist;

3. der entschädigte Vollarbeitslose während der sechs Monate vor Beginn der Ausbildung keinem Vollzeitstudium nachgegangen ist, keine individuelle Berufsausbildung im Unternehmen erfolgreich absolviert hat und nicht mehr als 78 Tage als Arbeitnehmer oder mehr als ein Quartal als Selbständiger gearbeitet hat;

4. die finanziellen Leistungen, die der entschädigte Vollarbeitslose während der Ausbildung erhält, auf einen Zuschuss von höchstens 1 Euro pro Ausbildungsstunde begrenzt sind.

Artikel 32 Absatz 3 ist anwendbar auf den Freistellungszeitraum.

Abschnitt 3 – Zulassung zu einer Berufsausbildung ohne Freistellung für entschädigte Vollarbeitslose

Art. 34 – Zulassung zu einer Berufsausbildung

Wenn der entschädigte Vollarbeitslose eine Berufsausbildung absolviert, die nicht den gemäß Artikel 23 Absatz 1 Nummer 3 Buchstaben a) und b) festgelegten Bedingungen entspricht, wird die Freistellung verweigert. Das Arbeitsamt kann den entschädigten Vollarbeitslosen jedoch zur Teilnahme an der betreffenden Berufsausbildung zulassen, vorausgesetzt:

1. die in Artikel 7 festgelegten Bedingungen sowie die übrigen in Artikel 23 festgelegten Bedingungen sind erfüllt;
2. der Arbeitsuchende steht während dieser Zeit dem Arbeitsmarkt zur Verfügung.

Das Arbeitsamt schließt mit entschädigten Vollarbeitslosen, die gemäß Absatz 1 zu einer Berufsausbildung zugelassen wurden, keinen Berufsausbildungsvertrag ab. Es schließt für dieselben Personen keinen Versicherungsvertrag ab.

Art. 35 – Zulassung zu einem Praktikum

§1 – Das Arbeitsamt kann einen entschädigten Vollarbeitslosen zur Teilnahme an einem Praktikum zulassen, wenn:

1. die in Artikel 7 festgelegten Bedingungen erfüllt sind;
2. die Praktikumsdauer 3 Monate nicht überschreitet;
3. ein Praktikumsvertrag abgeschlossen wurde;
4. ein Ausbildungsprogramm besteht;
5. das Praktikum von einem Praktikumsbegleiter begleitet wird;
6. die monatliche Ausbildungsentschädigung 1.350 Euro nicht überschreitet.

Als Praktikum im Sinne von Absatz 1 gilt jede zeitlich begrenzte Tätigkeit, während der der Arbeitgeber dem Praktikanten auf dem Arbeitsplatz berufsrelevante Kenntnisse in praktischer Anwendung vermittelt.

Der entschädigte Vollarbeitslose steht dem Arbeitsmarkt während des Praktikums zur Verfügung.

Praktika, die im Rahmen des Erasmus+-Programms und dem europäischen Solidaritätskorps organisiert werden, sind von den in Absatz 1 Nummer 2 sowie von der in Absatz 3 erwähnten Verpflichtung ausgenommen.

Der Minister kann den in Absatz 1 Nummer 6 erwähnten Betrag abändern.

§2 – Entschädigte Vollarbeitslose, die gemäß Paragraph 1 zu einem Praktikum zugelassen wurden, werden nicht freigestellt. Das Arbeitsamt schließt mit ihnen keinen Berufsausbildungsvertrag ab. Es schließt für dieselben Personen keinen Versicherungsvertrag ab.

KAPITEL 5 – QUALIFIZIERUNG AM ARBEITSPLATZ

Abschnitt 1 – Individuelle Berufsausbildung im Unternehmen

Art. 36 – Antrag

Arbeitgeber, die beabsichtigen, eine individuelle Berufsausbildung im Unternehmen zu gewährleisten, stellen beim Arbeitsamt einen entsprechenden Antrag.

Der Antrag enthält folgende Informationen:

1. die Identität des Arbeitgebers;
2. eine Beschreibung der zu besetzenden Stelle;
3. eine detaillierte Beschreibung der Ausbildungsinhalte;
4. die Identität des oder der Ausbilder;
5. die nach Abschluss des Ausbildungsvertrages angebotenen Beschäftigungsbedingungen, insbesondere die Art des Vertrages, das Entgelt und die Arbeitszeitregelung.

Art. 37 – Zulassung

In Abweichung von Kapitel 2 Abschnitt 2 kann das Arbeitsamt einen Arbeitsuchenden zu einer individuellen Berufsausbildung im Unternehmen zulassen, wenn:

1. diese die in Artikel 2 erwähnten Merkmale aufweist;
2. der Arbeitgeber eine offene Stelle zu besetzen hat;
3. der Arbeitsuchende innerhalb der in Artikel 40 festgelegten Frist die angestrebte Tätigkeit durch die individuelle Berufsausbildung im Unternehmen erlernen kann;
4. ein deutlicher Unterschied in Bezug auf Kenntnisse und Fähigkeiten zwischen dem Bewerberprofil des Arbeitsuchenden und dem Anforderungsprofil der gemäß Artikel 36 Absatz 2 Nummer 2 zu besetzenden Stelle besteht.

Art. 38 – Vertrag

Die individuelle Berufsausbildung im Unternehmen ist Gegenstand eines Vertrags zwischen dem Arbeitsuchenden, dem Arbeitgeber und dem Arbeitsamt.

Der Vertrag beinhaltet mindestens folgende Elemente und Angaben:

1. die Identität der Vertragsparteien;
2. die Adresse des Wohnsitzes bzw. die Adresse der Niederlassungseinheit der Vertragsparteien;
3. die Unternehmensnummer des Arbeitgebers;
4. eine Beschreibung der zu besetzenden Stelle;
5. eine detaillierte Beschreibung der Berufsausbildungsinhalte;
6. die Identität und die Funktion des bezeichneten Betreuers;
7. die Art und Weise, wie die Berufsausbildungsbegleitung durch das Arbeitsamt gewährleistet wird;
8. die Laufzeit des Vertrags;
9. die Arbeitszeitregelung
10. die Höhe der Produktivitätsprämie;
11. die Zahlungsmodalitäten der Fahrtkosten, der Aufwandsentschädigung sowie sonstige im Betrieb üblichen Zulagen;



12. die Bedingungen, unter denen eine individuelle Berufsausbildung im Unternehmen abgebrochen werden kann;
13. die Verpflichtung des Arbeitgebers zur Einhaltung der Arbeitsschutz- und datenschutzrechtlichen Bestimmungen;
14. die Verpflichtung des Arbeitgebers, dass er die Ausbildung gewährleistet und den Arbeitsuchenden während der individuellen Berufsausbildung im Unternehmen begleitet;
15. die Rechte und Pflichten der Vertragsparteien.

Die Artikel 10-13 sind auf den Vertrag anwendbar.

Das Arbeitsamt legt das Muster des Vertrags fest.

Art. 39 – Entschädigung

Der Arbeitsuchende, der an einer individuellen Berufsausbildung im Unternehmen teilnimmt, erhält zu Lasten des Arbeitgebers:

1. eine Produktivitätsprämie, die der geleisteten Arbeit und der Differenz zwischen dem steuerbaren Lohn, zu dem sich der Arbeitgeber nach Ausbildungsende verpflichtet, und den Lohnersatzeinkünften des Arbeitsuchenden entspricht;
2. eine Fahrtkostenentschädigung zu Lasten des Arbeitgebers gemäß dem kollektiven Arbeitsabkommen, dem der Arbeitgeber unterliegt;
3. gegebenenfalls eine Dienstfahrtentschädigung und/oder eine Aufwandsentschädigung zu Lasten des Arbeitgebers gemäß dem kollektiven Arbeitsabkommen, dem der Arbeitgeber unterliegt;
4. sonstige übliche Zulagen gemäß dem kollektiven Arbeitsabkommen, dem der Arbeitgeber unterliegt.

Der nicht-entschädigte Arbeitsuchende hat Anspruch auf eine Berufsausbildungsentschädigung im Sinne des Artikels 36ter des Erlasses vom 25. November 1991.

Art. 40 – Dauer

Die Minstdauer einer individuellen Berufsausbildung im Unternehmen beträgt 4 Wochen.

Die Höchstdauer der individuellen Berufsausbildung im Unternehmen beträgt 6 Monate. In hinreichend begründeten Ausnahmefällen kann das Arbeitsamt eine Verlängerung der Dauer der individuellen Berufsausbildung im Unternehmen um höchstens 6 Monate zulassen.

Art. 41 – Verpflichtende Einstellung

Der Arbeitgeber verpflichtet sich im Rahmen des in Artikel 38 erwähnten Vertrags, den Arbeitsuchenden, der an einer Berufsausbildung in seinem Unternehmen teilgenommen hat, sofort nach Beendigung seiner Berufsausbildung für eine Dauer, die mindestens der Dauer der Berufsausbildung entspricht, als Lohnempfänger einzustellen.

Die Einstellung des Arbeitsuchenden erfolgt für eine Stelle in der erlernten Tätigkeit und zu den im Unternehmen für diese Tätigkeit üblichen Bedingungen.

Art. 42 – Versicherung

Der Arbeitgeber schließt für die unbeschäftigten Arbeitsuchenden und die entschädigten Arbeitsuchenden einen Versicherungsvertrag gegen Unfälle während der Berufsaus-

bildung und auf dem Weg vom und zum Ausbildungsort ab. Dieser Versicherungsvertrag räumt dem Arbeitsuchenden dieselben Vorteile ein wie diejenigen, die ein Versicherer aufgrund der vorerwähnten Gesetze vom 10. April 1971 und vom 3. Juli 1967 sowie ihrer Ausführungserlasse einem Lohnempfänger im erlernten Beruf einräumen muss, je nachdem, welches der vorerwähnten Gesetze auf den Arbeitgeber anwendbar ist.

Unbeschadet des Absatzes 1 schließt der Arbeitgeber einen Haftpflichtversicherungsvertrag im Sinne des Gesetzes vom 4. April 2014 über die Versicherungen für die Dauer der Berufsausbildung ab. Dieser Versicherungsvertrag deckt die individuelle Haftung der unbeschäftigten Arbeitsuchenden und der entschädigten Arbeitsuchenden für Schäden, die unbeschäftigte Arbeitsuchende und entschädigte Arbeitsuchende Dritten, dem Arbeitgeber, in dessen Unternehmen sie ihre Ausbildung vollenden sowie den Mitarbeitern dieses Unternehmens zufügen.

Abschnitt 2 – Einstiegspraktikum

Art. 43 – Zulassung

In Abweichung von Kapitel 2 Abschnitt 2 kann das Arbeitsamt den unbeschäftigten Arbeitsuchende zu einem Einstiegspraktikum gemäß den Bestimmungen von Artikel 36quater des Erlasses vom 25. November 1991 zulassen, wenn er:

1. beim Arbeitsamt zu Beginn des Praktikums als unbeschäftigter Arbeitssuchender in der Berufseingliederungszeit eingetragen ist;
2. höchstens im Besitz eines Abschlusszeugnisses der Oberstufe des Sekundarunterrichtes ist.

Art. 44 – Beginn des Einstiegspraktikums

Das Einstiegspraktikum beginnt frühestens am 76. Tag der Berufseingliederungszeit gemäß Artikel 36 §1 Nummer 4 des Erlasses vom 25. November 1991 und spätestens am 310. Tag der Berufseingliederungszeit.

Art. 45 – Vertrag

Das Einstiegspraktikum ist Gegenstand eines Vertrags zwischen dem Praktikanten, dem Praktikumsgeber und dem Arbeitsamt.

Der Vertrag beinhaltet mindestens folgende Elemente und Angaben:

1. die Identität der Vertragsparteien;
2. die Adresse des Wohnsitzes bzw. die Adresse der Niederlassungseinheit der Vertragsparteien;
3. die Unternehmensnummer des Praktikumsgebers;
4. die Zielsetzung des Vertrags;
5. die Art und Weise, wie die Praktikumsbegleitung durch das Arbeitsamt gewährleistet wird;
6. die Laufzeit des Vertrags, ohne die in Artikel 36quater §3 des Erlasses vom 25. November 1991 festgelegte Dauer zu über- oder unterschreiten;
7. die Höhe der durch den Praktikumsgeber zu zahlenden monatlichen Entschädigung gemäß Artikel 36quater §1 Nummer 8 und §5 des Erlasses vom 25. November 1991 sowie die Verpflichtung, diese Entschädigung innerhalb von vier Arbeitstagen nach Ablauf des Monats, auf den sie sich bezieht, zu zahlen;
8. die Rechte und Pflichten der Vertragsparteien;



9. ein allgemeiner Verweis, aus dem hervorgeht, dass der Vertrag den Bestimmungen von Artikel 36quater des Erlasses vom 25. November 1991 unterliegt;
10. ein Verweis auf die geltenden Datenschutzbestimmungen;
11. die Bedingungen, unter denen das Einstiegspraktikum abgebrochen werden kann.

Die Artikel 10, 12 und 13 sind auf den Vertrag anwendbar.

Das Arbeitsamt legt das Muster des Vertrags fest.

Art. 46 – Versicherung

Der Arbeitgeber schließt für die Praktikanten einen Versicherungsvertrag gegen Unfälle während der Berufsausbildung und auf dem Weg vom und zum Ausbildungsort ab. Dieser Versicherungsvertrag räumt dem Praktikanten dieselben Vorteile ein wie diejenigen, die ein Versicherter aufgrund der vorerwähnten Gesetze vom 10. April 1971 und vom 3. Juli 1967 sowie ihrer Ausführungserlasse einem Lohnempfänger im erlernten Beruf einräumen muss, je nachdem, welches der vorerwähnten Gesetze auf den Arbeitgeber anwendbar ist.

Unbeschadet des Absatzes 1 schließt der Arbeitgeber einen Haftpflichtversicherungsvertrag im Sinne des Gesetzes vom 4. April 2014 über die Versicherungen für die Dauer der Berufsausbildung ab. Dieser Versicherungsvertrag deckt die individuelle Haftung der Praktikanten für Schäden, die Praktikanten Dritten, dem Arbeitgeber, in dessen Unternehmen sie ihre Ausbildung vollenden sowie den Mitarbeitern dieses Unternehmens zufügen.

Art. 47 – Beendigung der Berufsausbildung

Bevor das Arbeitsamt die in Artikel 36quater §5 Absatz 3 des Erlasses vom 25. November 1991 erwähnte Bescheinigung erstellt, beantragt es die Stellungnahme des Praktikanten und des Praktikumsgebers.

Die Stellungnahmen werden innerhalb von 7 Kalendertagen beim Arbeitsamt eingereicht. Liegen die Stellungnahmen nicht oder nur mindestens eine Stellungnahme innerhalb dieser Frist vor, erstellt das Arbeitsamt die vorerwähnte Bescheinigung innerhalb von 7 Kalendertagen.

Art. 48 – Nicht-verpflichtende Einstellung

Der Abschluss eines Einstiegspraktikums verpflichtet den Praktikumsgeber nicht, am Ende der Praktikumszeit den Praktikanten auf Grundlage eines Arbeitsvertrags einzustellen.

KAPITEL 6 – KONTROLLE, ENTZUG UND EINSPRUCH

Art. 49 – Einhaltung der Verpflichtungen

Die Zulassung zur Berufsausbildung, zur individuellen Berufsausbildung im Unternehmen und zum Einstiegspraktikum sowie die Gewährung der Freistellung bzw. der Prämie und der Fahrtkostenentschädigung sind an die Einhaltung der durch vorliegenden Erlass und den Berufsausbildungsvertrag festgelegten Verpflichtungen und Bedingungen gebunden.

Zur Überprüfung der Einhaltung seiner Verpflichtungen kann das Arbeitsamt eine Bescheinigung des unbeschäftigten Arbeitsuchenden und des entschädigten Vollarbeitslosen verlangen, aus der hervorgeht, dass er der Berufsausbildung regelmäßig und gewissenhaft folgt.

Art. 50 – Verwarnung und Inverzugsetzung

Stellt das Arbeitsamt fest, dass der unbeschäftigte Arbeitsuchende und der entschädigte Vollarbeitslose eine oder mehrere Verpflichtungen oder Bedingungen nicht einhält, spricht es, unbeschadet der Anwendung der Artikel 10-13, eine Verwarnung aus und setzt den Betroffenen in Verzug, diesen Verpflichtungen umgehend nachzukommen.

Art. 51 – Entzug

§1 – Kommt der unbeschäftigte Arbeitsuchende oder der entschädigte Vollarbeitslose nach der in Artikel 50 erwähnten Aufforderung weiterhin nicht den Verpflichtungen nach, entzieht das Arbeitsamt ihm die Zulassung zur Berufsausbildung und die Gewährung der Freistellung bzw. der Prämie und der Fahrtkostenentschädigung, unbeschadet der Anwendung der Artikel 10-13.

§2 – Das Arbeitsamt entzieht dem unbeschäftigten Arbeitsuchenden oder dem entschädigten Vollarbeitslosen ebenfalls die Zulassung zur Berufsausbildung und die Gewährung der Freistellung bzw. der Prämie und der Fahrtkostenentschädigung, wenn er seine Berufsausbildung vorzeitig beendet oder wenn die Berufsausbildung aufgrund des Verhaltens des Betreffenden durch den Ausbildungsträger beendet wird.

Für verpflichtend eingetragene Arbeitsuchende übermittelt das Arbeitsamt die Akte seinem Kontrolldienst in Anwendung von Artikel 2 Nummer 5 des Dekrets vom 17. Januar 2000.

§3 – Das Arbeitsamt teilt dem Arbeitsuchenden seine aufgrund der Paragraphen 1 und 2 gefasste Entscheidung per Einschreiben mit.

KAPITEL 7 – SCHLUSSBESTIMMUNGEN

Art. 52 – Abänderungsbestimmung

In Artikel 36quater §1 Absatz 1 Nummer 4 des Erlasses vom 25. November 1991, ersetzt durch den Königlichen Erlass vom 10. November 2012, werden die Wortfolgen „156e jour“ und „156e dag“ jeweils durch die Wortfolge „76. Tag“ ersetzt.

Art. 53 – Abänderungsbestimmung

Im selben Erlass werden aufgehoben:

1. Artikel 91, abgeändert durch die Königlichen Erlasse vom 2. Oktober 1992 und vom 5. März 2006;
2. Artikel 92, zuletzt abgeändert durch den Königlichen Erlass vom 1. Juli 2014;
3. Artikel 93, zuletzt abgeändert durch den Königlichen Erlass vom 28. Dezember 2011;
4. Artikel 94, zuletzt abgeändert durch den Königlichen Erlass vom 1. Juli 2014.

Art. 54 – Abänderungsbestimmung

In Artikel 4 §2 des Erlasses der Regierung vom 18. Januar 2002 über das Orientierungspraktikum wird die Wortfolge „die in Artikel 24, 1. des Erlasses der Exekutive der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 12. Juni 1985 festgelegte Prämie“ durch die Wortfolge „eine gemäß Artikel 14 des Erlasses der Regierung vom *** über Berufsausbildungen für Arbeitsuchende festgelegte Prämie“ ersetzt.

Art. 55 – Abänderungsbestimmung

In Artikel 13 Absatz 1 des Erlasses der Regierung vom *** zur Ausführung des Dekrets vom 28. Mai 2018 zur AktiF- und AktiF PLUS-Beschäftigungsförderung werden die Nummern 1 und 2 wie folgt ersetzt:

- „1. die in Kapitel 5 Abschnitt 1 des Erlasses der Regierung vom *** über Berufsausbildungen für Arbeitsuchende erwähnte individuelle Berufsausbildung im Unternehmen;
2. das in Kapitel 5 Abschnitt 2 desselben Erlasses erwähnte Einstiegspraktikum;“

Art. 56 – Aufhebungsbestimmung

Der Erlass der Exekutive vom 12. Juni 1985 über die Bewilligung gewisser Vorteile an Personen, die eine Berufsausbildung und -umschulung erhalten, zuletzt abgeändert durch den Erlass der Regierung vom 22. April 2013, wird aufgehoben.

Art. 57 – Übergangsbestimmung

Alle Personen, die vor Inkrafttreten des vorliegenden Erlasses zu einer Berufsausbildung, einer individuellen Berufsausbildung in einem Unternehmen oder einem Einstiegspraktikum in Anwendung des Erlasses der Exekutive vom 12. Juni 1985 über die Bewilligung gewisser Vorteile an Personen, die eine Berufsausbildung und -umschulung erhalten, zugelassen wurden, unterliegen bis zur Beendigung ihrer jeweiligen Ausbildung weiterhin den Bestimmungen des vorerwähnten Erlasses der Exekutive vom 12. Juni 1985 in seiner Fassung vom 31. Dezember 2018.

Die Personen, die vor Inkrafttreten des vorliegenden Erlasses gemäß demselben Erlass der Exekutive vom 12. Juni 1985 Anrecht auf eine Prämie oder eine Fahrtkosten- und Aufenthaltsentschädigung hatten oder aufgrund der Artikel 91-94 des Erlasses vom 25. November 1991 in den Genuss einer Freistellung gekommen sind, haben bis zur Beendigung ihrer jeweiligen in Absatz 1 erwähnten Ausbildung Anrecht auf diese Vorteile zu den durch den vorerwähnten Erlass der Exekutive vom 12. Juni 1985 und den Artikeln 91-94 des Erlasses vom 25. November 1991 festgelegten Bedingungen, in ihrer jeweiligen Fassung vom 31. Dezember 2018.

Art. 58 – Inkrafttreten

Vorliegender Erlass tritt am 1. Januar 2019 in Kraft.

Art. 59 – Durchführungsbestimmung

Der Minister für Beschäftigung wird mit der Durchführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Eupen, den ...

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Der Ministerpräsident
O. PAASCH

Die Vize-Ministerpräsidentin, Ministerin für Kultur, Beschäftigung und Tourismus
I. WEYKMANS

A handwritten signature in black ink, appearing to be a stylized 'b' or 'p'.

GOUVERNEMENT DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE

[Numéro d'enregistrement]

Avant-projet d'un arrêté du Gouvernement relatif aux formations professionnelles destinées aux demandeurs d'emploi

Le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Vu l'arrêté-loi du 28 décembre 1944 concernant la sécurité sociale des travailleurs, l'article 7, modifié en dernier lieu par le décret du 25 avril 2016;

Vu le décret du 17 janvier 2000 portant création d'un office de l'emploi en Communauté germanophone, l'article 2, § 1^{er}, 2^o et 6^o, modifiés par le décret du 25 avril 2016, l'article 2, § 2, alinéa 1^{er}, et l'article 2, § 5, modifié par le décret du 25 juin 2007;

Vu l'arrêté de l'Exécutif du 12 juin 1985 relatif à l'octroi de certains avantages aux personnes recevant une formation professionnelle;

Vu l'arrêté royal du 25 novembre 1991 portant réglementation du chômage;

Vu l'avis de l'inspecteur des Finances, donné le ;

Vu l'accord du Ministre-Président, compétent en matière de Budget, donné le 29 juin 2018;

Vu l'avis conforme du conseil des ministres, donné le;

Vu l'avis du Conseil d'État n° ..., donné le ..., en application de l'article 84, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 2^o, des lois sur le Conseil d'État, coordonnées le 12 janvier 1973;

Considérant l'avis rendu le 4 septembre 2018 par le Conseil économique et social de la Communauté germanophone;

Sur la proposition du Ministre de l'Emploi,

Après délibération,

Arrête :

Chapitre 1^{er} – Dispositions générales

Article 1^{er} - Définitions

Pour l'application du présent arrêté, il faut entendre par :

1^o travailleur : la personne qui est liée par un contrat de travail ou celle qui n'est pas liée par un tel contrat, mais exerce une activité contre rémunération sous la responsabilité et l'autorité d'une autre personne ou tout autre travail dans des conditions similaires;

2^o Office de l'emploi : l'Office de l'emploi de la Communauté germanophone;

3° formation professionnelle pertinente pour le marché de l'emploi : toute formation professionnelle qui améliore les chances d'insertion sur le marché de l'emploi pour le demandeur d'emploi;

4° demandeur d'emploi : toute personne inscrite auprès de l'Office de l'emploi;

5° décret du 17 janvier 2000 : le décret du 17 janvier 2000 portant création d'un Office de l'emploi en Communauté germanophone;

6° Office pour une vie autodéterminée : l'Office de la Communauté germanophone pour une vie autodéterminée;

7° ECTS : les crédits attribués dans le cadre du Système européen de transfert et d'accumulation de crédits (ECTS);

8° parcours d'insertion professionnelle : l'ensemble des étapes et mesures qui visent à insérer avec succès le demandeur d'emploi sur le marché de l'emploi.

9° chômeur complet indemnisé : la personne qui n'est pas occupée et qui remplit les conditions pour pouvoir bénéficier d'une allocation de chômage au sens de l'article 27, 4°, de l'arrêté du 25 novembre 1991;

10° arrêté du 25 novembre 1991 : l'arrêté royal du 25 novembre 1991 portant réglementation du chômage;

11° participant : personne qui suit une formation professionnelle;

12° ONEM : l'Office national de l'emploi;

13° ministre : le ministre compétent en matière d'Emploi;

14° stagiaire : le demandeur d'emploi qui fait un stage de transition conformément au chapitre 5, section 2;

15° demandeur d'emploi inoccupé :

a) le demandeur d'emploi qui n'exerce aucune activité professionnelle rémunérée;

b) le travailleur à temps partiel involontaire au sens de l'article 29 de l'arrêté du 25 novembre 1991;

16° service de l'emploi d'une autre entité fédérée : les services de l'emploi dépendant d'autres entités fédérées belges, et qui remplissent des missions similaires à celles de l'Office de l'emploi, à savoir :

a) le VDAB : l'Office flamand de l'Emploi et de la Formation professionnelle, créé par le décret de la Communauté flamande du 7 mai 2004 relatif à la création de l'agence autonomisée externe de droit public « Office flamand de l'Emploi et de la Formation professionnelle »;

b) le FOREm : l'Office wallon de la Formation professionnelle et de l'Emploi, créé par le décret de la Région wallonne du 6 mai 1999 relatif à l'Office wallon de la Formation professionnelle et de l'Emploi;

c) Actiris : l'Office régional bruxellois de l'emploi, créé par l'ordonnance du 18 janvier 2001 portant organisation et fonctionnement d'Actiris;

d) Bruxelles formation : l'Institut bruxellois francophone pour la Formation professionnelle, créé par le décret de la Commission communautaire française du 17 mars 1994 portant création de l'Institut bruxellois francophone pour la Formation professionnelle;

17° demandeur d'emploi dont l'inscription est obligatoire : tout demandeur d'emploi qui doit s'inscrire auprès de l'Office de l'emploi afin de percevoir les allocations de chômage ou d'insertion.

Chapitre 2 – Dispositions communes

Section 1^{re} – Formations professionnelles

Art. 2 – Formation professionnelle

Dans les limites du présent arrêté, il faut entendre par formation professionnelle, au

sens de l'article 27, 6°, de l'arrêté du 25 novembre 1991, toutes les mesures qui permettent au participant d'acquérir, dans le cadre d'un parcours de formation cohérent ou par le biais d'une formation pratique sur le lieu de travail, les aptitudes, connaissances et compétences professionnelles nécessaires à l'exercice d'une activité professionnelle qualifiée.

Cette formation professionnelle comprend :

- 1° l'apprentissage d'un métier ou d'une profession;
- 2° la reconversion dans un autre métier ou une autre profession;
- 3° l'acquisition des compétences ainsi que des connaissances linguistiques et techniques nécessaires à l'exercice d'une activité professionnelle;
- 4° la reconversion, l'amélioration et l'approfondissement des connaissances professionnelles.

La formation professionnelle peut être suivie au sein d'un établissement organisé ou subventionné par l'Office de l'emploi. En outre, la formation professionnelle peut consister en une formation professionnelle individuelle en entreprise ou en une formation professionnelle suivie dans un institut de formation agréé par l'Office de l'emploi.

Section 2 – Dispositions procédurales communes

Art. 3 – Agréation de formations professionnelles

Une formation professionnelle peut être agréée dans le respect des conditions suivantes :

- 1° elle répond aux caractéristiques mentionnées dans l'article 2;
- 2° elle est pertinente pour le marché de l'emploi en région de langue allemande;
- 3° elle est de haute qualité.

L'Office de l'emploi agréée des formations professionnelles soit de sa propre initiative, soit sur demande. Aux fins de l'agrément, soit l'Office de l'emploi, de sa propre initiative, rassemble les informations suivantes, soit l'une des personnes mentionnées à l'article 7 les lui remet :

- 1° nom, adresse, forme juridique et correspondant de l'opérateur de formation;
- 2° dénomination et description de la formation;
- 3° description du contenu du programme, du lieu et des périodes de formation;
- 4° informations concernant le diplôme ou le certificat délivré au terme de la formation professionnelle.

L'Office de l'emploi agréée d'office les formations professionnelles déjà reconnues par d'autres administrations belges ou étrangères.

Si la formation professionnelle n'a pas été agréée par une autre administration belge ou étrangère, l'Office de l'Emploi statue sur ladite agrément en se basant sur les caractéristiques mentionnées dans les alinéas 1^{er} et 2.

Art. 4 – Admission à une formation professionnelle

§ 1^{er} – Les demandeurs d'emploi inoccupés, les travailleurs, les indépendants, les employeurs et les membres du personnel statutaire peuvent être admis à l'une des formations professionnelles organisées ou agréées par l'Office de l'emploi conformément à l'article 3.

L'Office de l'emploi peut recommander au demandeur d'emploi inoccupé de participer à une formation professionnelle organisée ou agréée par lui, voire l'y obliger.

§ 2 – S'il s'agit d'un demandeur d'emploi inoccupé, celui-ci introduit, auprès de l'Office de l'emploi, une demande d'admission à une formation professionnelle complète, datée et signée de sa propre initiative ou se fait aider par un conseiller dudit Office. Cette demande contient les informations suivantes :

1° s'il introduit la demande de sa propre initiative, une lettre de motivation dont il ressort que la formation professionnelle s'inscrit dans son parcours d'insertion professionnelle et qu'elle est pertinente pour le marché de l'emploi;

2° un programme détaillé de la formation professionnelle;

3° des données précises concernant le début et la fin de la formation professionnelle ainsi que les jours, les heures et le lieu de formation.

S'il s'agit de travailleurs, d'employeurs, d'indépendants ou de membres du personnel statutaire, ceux-ci introduisent, auprès de l'Office de l'emploi, une demande d'admission à l'une des formations professionnelles organisées par ledit Office. Cette demande contient les informations suivantes :

1° nom, adresse, forme juridique et correspondant de l'employeur;

2° dénomination et description de la formation;

3° description du contenu du programme, du lieu et des périodes de formation;

4° nom et domicile du demandeur.

§ 3 – En ce qui concerne l'admission à une formation professionnelle, le demandeur d'emploi inoccupé ainsi que le chômeur complet indemnisé sont prioritaires par rapport aux travailleurs, aux indépendants, aux employeurs et aux membres du personnel statutaire.

Art. 5 – Octroi d'une dispense ou d'une prime ainsi que d'une indemnité de déplacement

Si l'Office de l'emploi autorise la participation à une formation professionnelle conformément à l'article 4, il peut, par la même occasion :

1° octroyer au demandeur d'emploi inoccupé une prime et une indemnité de déplacement conformément aux conditions et modalités fixées dans le chapitre 3;

2° octroyer au chômeur complet indemnisé une dispense conformément aux conditions et modalités fixées dans le chapitre 4.

Art. 6 – Conclusion d'un contrat de formation professionnelle

À la suite de l'admission à une formation professionnelle conformément à l'article 4 et de l'octroi d'une dispense ou d'une prime et d'une indemnité de déplacement conformément à l'article 5, l'Office de l'emploi et, selon le cas, le demandeur d'emploi inoccupé ou le chômeur complet indemnisé concluent un contrat de formation professionnelle conformément aux conditions et modalités fixées dans la section 4.

Les contrats de formation suivants sont assimilés à un contrat de formation professionnelle de l'Office de l'emploi :

1° une attestation d'inscription, délivrée dans le cadre d'études de plein exercice au sens de l'article 29;

2° des contrats d'apprentissage, conclus dans le cadre d'une formation en alternance au sens de l'article 30;

3° des contrats d'apprentissage, conclus dans le cadre d'une mesure de formation de

l'Office pour une vie autodéterminée au sens de l'article 31;

4° des conventions, conclues dans le cadre d'une coopérative d'activités au sens de l'article 32;

5° des contrats de formation, conclus dans le cadre d'une formation par le travail au sens de l'article 33.

Section 3 – Conditions d'admission à une formation professionnelle

Art. 7 – Conditions

§ 1^{er} – L'Office de l'emploi autorise la participation à l'une des formations professionnelles prévues à l'article 2 si :

1° le demandeur d'emploi inoccupé a son domicile en région de langue allemande;

2° la formation s'inscrit dans le parcours d'insertion du demandeur d'emploi inoccupé;

3° la formation est pertinente pour le marché de l'emploi pour le demandeur d'emploi inoccupé;

4° le demandeur d'emploi inoccupé n'est pas soumis à l'obligation scolaire à temps plein;

5° le demandeur d'emploi inoccupé n'a pas encore atteint l'âge légal de la retraite.

Pour l'application de l'alinéa 1^{er}, 2°, l'Office de l'emploi statue en se basant sur la capacité, le passé professionnel et la situation personnelle du demandeur. Celui-ci peut être soumis à un examen médical et psychologique ainsi qu'à des tests d'aptitude professionnelle.

§ 2 – Sont dispensés du respect des conditions mentionnées au paragraphe 1^{er} :

1° les travailleurs;

2° les indépendants;

3° les membres du personnel statutaire.

L'Office de l'emploi peut aussi, à la demande du service de l'emploi d'une autre entité, dispenser les personnes qui n'ont pas leur domicile en région de langue allemande du respect des conditions mentionnées au paragraphe 1^{er}.

§ 3 – Le demandeur d'emploi inoccupé ou les personnes mentionnées au § 2 peuvent suivre la formation professionnelle dès que l'Office de l'emploi les y autorise conformément à l'article 4.

Section 4 – Contrat de formation professionnelle

Art. 8 – Contrat individuel de formation professionnelle

Le contrat de formation professionnelle au sens de l'article 6 consiste en un contrat individuel conclu par écrit avant le début de ladite formation.

L'Office de l'emploi ne conclut aucun contrat de formation professionnelle avec des travailleurs, des indépendants et des membres du personnel statutaire. Ceux-ci peuvent participer à une formation professionnelle pour autant qu'ils y aient été autorisés conformément à l'article 4.

Art. 9 – Contenu

Le contrat de formation professionnelle reprend les données suivantes :

- 1° l'identité et le domicile du participant;
- 2° la date de début de la formation et la durée présumée;
- 3° les nom, adresse, forme juridique et correspondant de l'opérateur de formation;
- 4° des informations détaillées concernant le nombre de jours et d'heures de cours par semaine;
- 5° une description de la formation ainsi que le contenu, l'objectif et le lieu de formation;
- 6° les droits et devoirs des parties contractantes. Ces droits et devoirs se rapportent notamment :
 - a) aux obligations découlant du présent arrêté;
 - b) aux modalités de participation à la formation professionnelle;
 - c) aux mesures en cas d'incapacité de travail et d'absences.

Art. 10 – Modification de la situation personnelle

Le demandeur d'emploi inoccupé et le chômeur complet indemnisé communiquent toute modification de leur situation personnelle à l'Office de l'emploi. Est considérée comme modification de la situation personnelle tout élément qui peut avoir une influence sur le contrat de formation professionnelle, la dispense ou la prime et l'indemnité de déplacement. Sont notamment considérés comme modification de la situation personnelle :

- 1° le changement de domicile;
- 2° l'entame d'un travail rémunéré;
- 3° la fin et l'interruption de la formation professionnelle;
- 4° toute modification de la durée de la formation.

Si la modification de la situation personnelle n'a pas été communiquée, l'Office de l'emploi peut mettre fin sans préavis au contrat de formation professionnelle.

Si, en raison du manquement mentionné à l'alinéa 2, le demandeur d'emploi inoccupé et le chômeur indemnisé ont perçu de manière indue une prime et une indemnité de déplacement, l'Office de l'emploi leur réclame les montants correspondants.

La résiliation du contrat de formation professionnelle entraîne également la suppression de l'octroi de la dispense.

Art. 11 – Suspension du contrat

L'impossibilité pour le participant de suivre la formation pour cause de maladie ou d'accident suspend l'exécution du contrat. Le participant est tenu de justifier son incapacité en présentant un certificat médical.

Lorsque le contrat de formation professionnelle est suspendu, le participant ne peut pas prendre part à la formation professionnelle pendant la durée de ladite suspension, et l'Office de l'emploi ne doit payer ni prime, ni indemnité de déplacement.

Si, en raison d'une suspension de longue durée ou répétée, la réintégration du participant n'était plus possible, l'Office de l'emploi peut résilier le contrat.

Art. 12 – Résiliation sans préavis

Sans préjudice de l'application des articles 10, 11 et 50 à 52, l'Office de l'emploi peut résilier sans préavis le contrat de formation professionnelle si le participant :

- 1° a commis l'une des infractions mentionnées aux articles 232 à 235 du Code pénal social afin d'être autorisé à suivre une formation professionnelle;

2° enfreint ou ne respecte pas les obligations découlant du contrat de formation professionnelle.

Art. 13 – Résiliation en raison d'un manque d'aptitudes

L'Office de l'emploi peut mettre fin au contrat de formation professionnelle si le participant ne possède pas les aptitudes nécessaires pour suivre avec succès le déroulement normal de la formation.

Chapitre 3 – Prime, indemnité de déplacement et assurance

Sous-section 1^{re} – Dispositions générales

Art. 14 – Prime

§ 1^{er} – L'Office de l'emploi peut octroyer aux bénéficiaires définis dans la section 2 une prime de 150 euros au plus par mois pour une formation professionnelle suivie à temps plein.

Une formation professionnelle suivie à temps plein correspond à 38 heures de formation par semaine ou 60 ECTS par année d'études. Une heure de formation compte au moins 45 minutes.

§ 2 – Si la durée hebdomadaire de formation professionnelle compte moins de 38 heures par semaine ou l'année d'études, moins de 60 ECTS, la prime prévue dans le paragraphe 1^{er} est liquidée au prorata de la durée de formation.

§ 3 – En l'absence de droit à une prime mensuelle complète, la prime mensuelle correspond au résultat obtenu en multipliant la prime concordante par une fraction dont le dénominateur est le nombre de jours ouvrables du mois en fonction du régime de formation applicable et le numérateur, le nombre de jours de formation professionnelle effectifs ou assimilés.

§ 4 – Par dérogation aux §§ 2 et 3, une prime mensuelle est versée aux demandeurs d'emploi inoccupés qui participent à l'une des mesures préparatoires et/ou d'intégration au sens de l'article 20, et ce, au prorata de la présence effective.

Le demandeur d'emploi mentionné à l'alinéa 1^{er} introduit une fois par mois, auprès de l'Office de l'emploi, une liste de présences établie par l'organisateur des mesures.

Si le demandeur d'emploi inoccupé est absent pendant plus de vingt pour cent du temps de formation mensuel de la mesure préparatoire ou d'intégration, il ne reçoit, pour le mois concerné, ni prime, ni indemnité de déplacement.

§ 5 – L'Office de l'emploi verse la prime tous les mois sur le compte du demandeur d'emploi inoccupé.

§ 6 – Le ministre peut déterminer d'autres modalités de liquidation et d'indexation des subventions.

Art. 15 – Indemnité de déplacement

Les bénéficiaires définis dans la section 2, qui ont droit à la prime mentionnée à l'article 14, ont également droit à une indemnité de déplacement. Pour ce faire, l'Office de l'emploi octroie au demandeur d'emploi inoccupé qui suit une formation professionnelle une indemnité journalière de déplacement au titre de participation aux frais encourus pour l'utilisation de moyens de transport en vue de parcourir la distance entre le domicile et le lieu de formation. L'indemnité de déplacement est octroyée à condition qu'un seul trajet compte au moins 5 km.

L'indemnité journalière de déplacement correspond au prix d'un abonnement social mensuel en deuxième classe de la Société nationale des Chemins de fer belges, divisé par 3,3027, multiplié par 52 et divisé par 261.

L'Office de l'emploi rembourse les frais de déplacement pour des trajets allant jusqu'à 150 km par trajet conformément à la formule fixée dans l'alinéa 2.

L'Office de l'emploi verse l'indemnité de déplacement tous les mois sur le compte du demandeur d'emploi inoccupé.

Section 2 – Bénéficiaires

Art. 16 – Jeunes demandeurs d'emploi

L'Office de l'emploi octroie une prime et une indemnité de déplacement aux demandeurs d'emploi inoccupés qui, au début de la formation professionnelle :

1° sont âgés de 25 ans au plus;

2° sont porteurs au plus d'un :

a) certificat de l'enseignement secondaire supérieur et ne suivent aucune formation qui mène à l'obtention d'un diplôme plus élevé dans les trois mois suivants;

b) certificat de fin d'apprentissage délivré dans le cadre de l'apprentissage mentionné dans l'article 7 du décret du 16 décembre 1991 relatif à la formation et la formation continue dans les classes moyennes et les PME et ne suivent aucun apprentissage qui mène à l'obtention d'un diplôme supérieur dans les trois mois suivants;

c) diplôme équivalent à celui mentionné dans les a) et b) délivré par une autre entité fédérée ou un autre État;

3° apportent la preuve qu'ils sont inscrits depuis au moins six mois auprès de l'Office de l'emploi;

4° ne perçoivent ni indemnité pour formation octroyée par une autre autorité publique, ni revenus professionnels;

5° apportent la preuve qu'ils suivent une formation dont la durée est :

a) d'au moins vingt heures par semaine;

b) d'au moins quatre semaines.

Art. 17 – Demandeurs d'emploi âgés

L'Office de l'emploi octroie une prime et une indemnité de déplacement aux demandeurs d'emploi inoccupés qui, au début de la formation professionnelle :

1° sont âgés de 50 ans au moins;

2° apportent la preuve qu'ils sont inscrits depuis au moins un mois auprès de l'Office de l'emploi;

3° ont perdu leur dernier emploi involontairement;

4° ne perçoivent ni indemnité pour formation octroyée par une autre autorité publique, ni revenus professionnels;

5° apportent la preuve qu'ils suivent une formation dont la durée est :

- a) d'au moins vingt heures par semaine;
- b) d'au moins quatre semaines.

Par « perdre son emploi involontairement » au sens de l'alinéa 1^{er}, 3^o, il faut entendre :

- 1° la perte de l'emploi en raison d'un licenciement par le dernier employeur;
- 2° la non-prolongation d'un contrat de travail à durée déterminée;
- 3° la perte de l'emploi pour des raisons sanitaires et/ou psychologiques constatées officiellement;
- 4° la fin de l'activité indépendante à la suite d'une faillite.

Le demandeur d'emploi inoccupé apporte la preuve de la perte d'emploi involontaire au moyen d'une déclaration sur l'honneur qu'il introduit auprès de l'Office de l'emploi au moment de la demande mentionnée à l'article 4.

Art. 18 – Chômeurs de longue durée

L'Office de l'emploi octroie une prime et une indemnité de déplacement aux demandeurs d'emploi inoccupés qui, au début de la formation professionnelle :

- 1° apportent la preuve qu'ils sont inscrits depuis au moins douze mois auprès de l'Office de l'emploi;
- 2° ne perçoivent ni indemnité pour formation octroyée par une autre autorité publique, ni revenus professionnels;
- 3° apportent la preuve qu'ils suivent une formation dont la durée est :
 - a) d'au moins vingt heures par semaine;
 - b) d'au moins quatre semaines.

Art. 19 – Demandeurs d'emploi peu qualifiés

L'Office de l'emploi octroie une prime et une indemnité de déplacement aux demandeurs d'emploi inoccupés qui, au début de la formation professionnelle :

- 1° ne sont pas porteurs d'un :
 - a) certificat de l'enseignement secondaire supérieur et ne suivent aucune formation qui mène à une telle obtention dans les trois mois suivants;
 - b) certificat de fin d'apprentissage délivré dans le cadre de l'apprentissage mentionné dans l'article 7 du décret du 16 décembre 1991 relatif à la formation et la formation continue dans les classes moyennes et les PME et ne suivent aucun apprentissage qui mène à une telle obtention dans les trois mois suivants;
 - c) diplôme équivalent à celui mentionné au a) et b) délivré par une autre entité fédérée ou un autre État;
- 2° ne perçoivent ni indemnité pour formation octroyée par une autre autorité publique, ni revenus professionnels;
- 3° apportent la preuve qu'ils suivent une formation dont la durée est :
 - a) d'au moins vingt heures par semaine;
 - b) d'au moins quatre semaines.

Art. 20 – Demandeurs d'emploi participant à des mesures préparatoires et d'intégration

L'Office de l'emploi octroie une prime et une indemnité de déplacement aux demandeurs d'emploi inoccupés qui :

- 1° participent à une mesure préparatoire ou d'intégration;
- 2° ne perçoivent ni indemnité pour formation octroyée par une autre autorité publique, ni revenus professionnels.

Le ministre fixe la liste des mesures mentionnées à l'alinéa 1^{er}, 1^o.

Section 3 – Assurance

Art. 21 – Contrat d'assurance

En ce qui concerne les formations professionnelles qui ne relèvent pas du champ d'application de la loi du 10 avril 1971 sur les accidents du travail ou de la loi du 3 juillet 1967 sur la prévention ou la réparation des dommages résultant des accidents du travail, des accidents survenus sur le chemin du travail et des maladies professionnelles dans le secteur public, l'Office de l'emploi conclut, pour les demandeurs d'emploi inoccupés et les chômeurs complets indemnisés, un contrat d'assurance contre les accidents survenant pendant la formation professionnelle et sur le chemin de la formation. Ce contrat d'assurance garantit aux demandeurs d'emploi les mêmes avantages que ceux qu'un assureur doit accorder à un salarié dans la profession apprise conformément à la loi susmentionnée du 10 avril 1971 et à ses arrêtés d'exécution.

En ce qui concerne les formations professionnelles qui, même si elles relèvent du champ d'application des lois susmentionnées des 10 avril 1971 et 3 juillet 1967, n'offrent aucune couverture contre les accidents survenant pendant la formation professionnelle ou sur le chemin de la formation, l'Office de l'emploi conclut, pour les demandeurs d'emploi inoccupés et les chômeurs complets indemnisés, un contrat d'assurance qui couvre ces risques.

Par dérogation aux alinéas 1^{er} et 2, l'Office de l'emploi ne conclut aucun contrat d'assurance pour les participants à l'une des formations professionnelles suivantes :

- 1^o enseignement de plein exercice au sens de l'article 29;
- 2^o formations en alternance au sens de l'article 30;
- 3^o aides à la formation accordées par l'Office pour une vie autodéterminée au sens de l'article 31;
- 4^o activités dans le cadre d'une convention conclue avec une coopérative d'activités au sens de l'article 32;
- 5^o formation par le travail au sens de l'article 33.

Sans préjudice des alinéas 1^{er} à 3, l'Office de l'emploi conclut, pour la durée de la formation professionnelle, un contrat d'assurance de la responsabilité civile au sens de la loi du 4 avril 2014 relative aux assurances. Ce contrat d'assurance couvre la responsabilité individuelle des demandeurs d'emploi inoccupés et des chômeurs complets indemnisés ainsi que, le cas échéant, l'Office de l'emploi pour les dommages causés par eux aux tiers, à l'opérateur de formation, à l'entreprise dans laquelle ils complètent leur formation et aux employés de cette entreprise.

Chapitre 4 – Dispense de la disponibilité active

Sous-section 1^{re} – Dispositions générales

Art. 22 – Dispense

L'Office de l'emploi peut dispenser les chômeurs complets indemnisés de l'obligation de disponibilité pour le marché de l'emploi mentionnée à l'article 56 de l'arrêté du 25 novembre 1991 pour qu'ils puissent participer à une formation professionnelle au sens de l'article 2.

La dispense mentionnée dans l'alinéa 1^{er} autorise le chômeur complet indemnisé à refuser une offre ou un emploi convenables. Ce chômeur est également dispensé de l'obligation de rechercher activement du travail.

Article 23 – Conditions générales de dispense

Sans préjudice des conditions d'admission particulières fixées dans la section 2, la dispense est octroyée pour la durée de la formation professionnelle si :

1° le chômeur complet indemnisé a introduit auprès de l'Office de l'emploi la demande d'admission à une formation professionnelle avant le début de celle-ci conformément à l'article 4;

2° l'Office de l'emploi a admis le chômeur complet indemnisé conformément à l'article 4;

3° la formation professionnelle compte :

a) au moins quatre semaines;

b) au moins vingt heures par semaine;

c) au moins 27 ECTS par année d'études ou 14 ECTS par semestre;

4° la formation professionnelle se tient principalement du lundi au vendredi et de 8 h à 17 h;

5° le chômeur complet indemnisé s'engage, pendant la dispense, à être inscrit auprès de l'Office de l'emploi.

Par dérogation à l'alinéa 1^{er}, 3°, l'Office de l'emploi peut octroyer une dispense si l'année de formation professionnelle au cours de laquelle les seuils d'heures ou d'ECTS y fixés ne sont pas atteints s'avère être la dernière.

Art. 24 – Principe de la dispense unique

L'Office de l'emploi peut octroyer une seule dispense à un chômeur complet indemnisé pour qu'il puisse suivre une formation professionnelle.

L'Office de l'emploi peut déroger au principe prévu à l'alinéa 1^{er} en tenant compte de l'âge, des études déjà réussies, des aptitudes, du passé professionnel, de la durée de la période d'inoccupation du chômeur complet indemnisé, de la nature de la formation professionnelle et des possibilités qu'elle offre sur le marché de l'emploi.

Art. 25 – Période de dispense

La dispense est octroyée pour la durée de la formation professionnelle, en ce compris les périodes de vacances y incluses, mais est limitée à douze mois.

Sans préjudice des dispositions de la section 2, la dispense prévue à l'alinéa 1^{er} peut être, au terme d'une période de douze mois, prolongée d'un an si l'Office de l'emploi constate que le chômeur complet indemnisé remplit les conditions cumulatives suivantes :

1° il suit la formation professionnelle de manière régulière;

2° il prend part activement aux mesures que l'Office de l'emploi lui propose;

3° il répond aux invitations de l'Office de l'emploi;

4° il réussit avec fruit l'année de formation.

Art. 26 – Dispense initiale octroyée par l'ONEM

Le chômeur complet indemnisé qui avait déjà obtenu une dispense octroyée par l'ONEM conformément aux articles 91 à 94 de l'arrêté du 25 novembre 1991, dans sa version en vigueur au 31 décembre 2015, continue à en bénéficier pour la durée de sa formation professionnelle. Au terme de cette dispense, il peut introduire une demande de renouvellement auprès de l'Office de l'emploi.

Art. 27 – Dispense initiale octroyée par une autorité régionale

Le chômeur complet indemnisé qui avait déjà obtenu une dispense octroyée par une autre autorité régionale continue à en bénéficier pour la durée de sa formation professionnelle. Au terme de cette dispense, il peut introduire une demande de renouvellement auprès de l'Office de l'emploi.

Section 2 – Conditions particulières de dispense en fonction de la nature de la formation professionnelle

Art. 28 – Mesures préparatoires ainsi que mesures d'intégration et de qualification

Le chômeur complet indemnisé peut être dispensé si la formation professionnelle consiste en une mesure de qualification organisée ou agréée par l'Office de l'emploi.

Par « mesure de qualification » au sens de l'alinéa 1^{er}, il faut entendre toute mesure de formation qui ne mène pas à l'obtention d'un diplôme. Sont exclus les mesures préparatoires, ou d'intégration, les études de plein exercice, les formations en alternance, les aides à la formation octroyées par l'Office pour une vie autodéterminée, les coopératives d'activités, les formations par le travail ainsi que les stages tels qu'ils sont définis dans le présent arrêté.

De la même manière, il peut être dispensé si la formation professionnelle est une mesure préparatoire ou d'intégration

Le ministre fixe la liste des mesures préparatoires, ou d'intégration.

Art. 29 – Études de plein exercice

Le chômeur complet indemnisé peut être dispensé si la formation professionnelle consiste en des études de plein exercice organisées par un institut de formation agréé.

Par études de plein exercice, il faut entendre :

1° l'enseignement secondaire supérieur ordinaire, pour autant que la période de formation professionnelle dure au moins quatre semaines et en moyenne vingt heures par semaine;

2° l'enseignement supérieur organisé, agréé ou subventionné par une communauté ou dans un autre État, pour autant qu'il comporte au moins 27 ECTS par année d'études ou 14 ECTS par semestre;

3° les cours dispensés dans le cadre de la formation scolaire continuée au sens du chapitre 1^{er}, section 4, du décret-programme 1997 ou des cours similaires dispensés dans une autre entité fédérée, pour autant que la durée de formation professionnelle s'étende sur au moins quatre semaines et en moyenne vingt heures par semaine;

La dispense est octroyée si :

1° le chômeur complet indemnisé est inscrit comme élève régulier. La dispense n'est pas octroyée s'il est inscrit comme élève libre;

2° les études de plein exercice sont d'un niveau équivalent ou supérieur aux études déjà réussies;

3° le chômeur complet indemnisé n'est pas titulaire d'un diplôme de l'enseignement secondaire supérieur ou de l'enseignement supérieur;

4° le chômeur complet indemnisé a, au jour de l'introduction de sa demande de dispense, terminé sa dernière formation scolaire et/ou dans le cadre d'un apprentissage depuis au moins deux ans;

5° la période de chômage indemnisé correspond au moins à l'une des durées suivantes :

a) un jour au cours des trois derniers mois si les études de plein exercice préparent à une profession en pénurie;

b) trois mois, c'est-à-dire au moins septante-huit allocations en tant que chômeur complet indemnisé au cours des deux années précédant le début de la dispense, s'il est âgé de 25 ans au plus;

c) douze mois, c'est-à-dire au moins trois-cent-douze allocations en tant que chômeur complet indemnisé au cours des deux années précédant le début de la dispense si les études ne préparent pas à une profession en pénurie.

L'Office de l'Emploi :

1° accorde une dérogation aux conditions mentionnées à l'alinéa 3, 2° et 3°, si le diplôme déjà obtenu n'offre aucune opportunité suffisante sur le marché de l'emploi;

2° établit chaque année une liste des métiers pour lesquels une pénurie de main-d'œuvre au sens de l'alinéa 3, 5°, a) et c), a pu être identifiée.

Art. 30 – Formation en alternance

Le chômeur complet indemnisé peut être dispensé si la formation professionnelle consiste en une formation en alternance au sens de l'article 4, 17°, de la loi spéciale du 8 août 1980 de réformes institutionnelles et s'il est soumis à un contrat d'apprentissage au sens de l'article 27, 15°, de l'arrêté du 25 novembre 1991.

La dispense est octroyée si :

1° le chômeur complet indemnisé a, au jour de l'introduction de sa demande de dispense, terminé sa dernière formation scolaire et/ou son apprentissage depuis au moins deux ans;

2° le chômeur complet indemnisé qui est déjà détenteur d'un diplôme de l'enseignement en alternance commence une formation auprès d'un employeur autre que l'actuel.

Art. 31 – Aides à la formation octroyées par l'Office pour une vie autodéterminée

Le chômeur complet indemnisé peut être dispensé si la formation professionnelle consiste en l'une des mesures suivantes proposées par l'Office pour une vie autodéterminée :

1° la formation en entreprise régie par l'arrêté du Gouvernement du 10 septembre 1993 instaurant et réglant un système de formation en entreprise en vue de préparer l'intégration professionnelle de personnes handicapées;

2° le stage de réadaptation professionnelle réglé par l'arrêté du Gouvernement du 28 novembre 1995 relatif aux stages de réadaptation professionnelle pour handicapés;

3° l'orientation en entreprise réglée par l'arrêté du Gouvernement du 18 janvier 2002 relatif au stage d'orientation.

Art. 32 – Candidat entrepreneur dans le cadre d'une coopérative d'activités

Le chômeur complet indemnisé peut être dispensé si, dans le cadre de sa formation professionnelle en tant que candidat entrepreneur, il conclut une convention avec une coopérative d'activités au sens du titre VIII, chapitre 1^{er}, de la loi du 1^{er} mars 2007 portant des dispositions diverses.

La dispense est octroyée si :

1° la coopérative d'activités est reconnue conformément à l'article 81 de la loi susmentionnée du 1^{er} mars 2007;

2° le travailleur appartient au groupe cible des chômeurs difficiles à placer ou à un autre groupe à risques au sens de l'article 1^{er} de l'arrêté royal du 15 juin 2009 portant des dispositions diverses concernant le statut du candidat entrepreneur dans une coopérative d'activités;

3° les avantages financiers et matériels perçus par le chômeur complet indemnisé pendant la durée de la convention sont limités à une indemnité qui n'excède pas 2 euros par heure de travail.

Par dérogation à l'article 26, la dispense est, dans ce cas, octroyée pour la durée de la formation, avec un maximum de dix-huit mois. Elle peut être octroyée à plusieurs reprises. La durée totale de la dispense ne peut dépasser dix-huit mois en cas d'accumulation de dispenses pour pouvoir suivre, en tant que candidat entrepreneur, une ou plusieurs formations professionnelles au sein d'une coopérative d'activités.

Art. 33 – Formation par le travail

Le chômeur complet indemnisé peut être dispensé si la formation professionnelle :

1° a lieu dans un centre de formation agréé conformément aux dispositions du décret de la Région wallonne du 10 juillet 2013 relatif aux centres d'insertion socioprofessionnelle;

2° a lieu dans un atelier de formation agréé conformément au décret de la Commission communautaire française de la Région Bruxelles-Capitale du 27 avril 1995 relatif à l'agrément de certains organismes d'insertion socio-professionnelle et au subventionnement de leurs activités de formation professionnelle en vue d'accroître les chances des demandeurs d'emploi inoccupés et peu qualifiés de trouver ou de retrouver du travail dans le cadre de dispositifs coordonnés d'insertion socio-professionnelle.

La dispense telle que décrite dans la première section est octroyée si :

1° le chômeur complet indemnisé est, au début de la formation, âgé d'au moins dix-huit ans et n'est pas titulaire d'un diplôme ou d'un certificat de l'enseignement secondaire supérieur;

2° le chômeur complet indemnisé est, au début de la formation professionnelle, inscrit comme demandeur d'emploi auprès de l'Office de l'emploi depuis au moins six mois;

3° dans les six mois qui précèdent le début de la formation, le chômeur complet indemnisé n'a ni suivi d'études de plein exercice, ni terminé avec fruit une formation professionnelle individuelle en entreprise, ni travaillé plus de septante-huit jours comme travailleur salarié ou plus d'un trimestre comme travailleur indépendant;

4° les avantages financiers perçus par le chômeur complet indemnisé pendant la durée de la formation sont limités à une indemnité qui n'excède pas 1 euro par heure de formation.

L'article 32, alinéa 3, est applicable à la période de dispense.

Section 3 – Admission à une formation professionnelle sans dispense pour les chômeurs complets indemnisés

Art. 34 – Admission à une formation professionnelle

Si le chômeur complet indemnisé suit une formation qui ne répond pas aux conditions fixées conformément à l'article 23, alinéa 1^{er}, 3^o, a) et b), la dispense est refusée. L'Office de l'emploi peut toutefois autoriser le chômeur complet indemnisé à participer à la formation professionnelle concernée, à condition que :

1^o les conditions fixées à l'article 7 ainsi que les autres fixées à l'article 23 soient remplies;

2^o le demandeur d'emploi soit disponible sur le marché de l'emploi pendant ce temps.

L'Office de l'emploi ne conclut aucun contrat de formation professionnelle avec les chômeurs complets indemnisés qui ont été autorisés à participer à une formation professionnelle conformément à l'alinéa 1^{er}. Il ne conclut aucun contrat d'assurances pour ces mêmes personnes.

Art. 35 – Admission à un stage

§ 1^{er} – L'Office de l'emploi peut autoriser un chômeur complet indemnisé à participer à un stage si :

1^o les conditions fixées à l'article 7 sont remplies;

2^o la durée du stage n'excède pas trois mois;

3^o un contrat de stage a été conclu;

4^o un programme de formation existe;

5^o le stage est encadré par un accompagnateur de stage;

6^o l'indemnité pour formation mensuelle n'excède pas 1 350 euros.

Par stage au sens de l'alinéa 1^{er}, il faut entendre toute activité limitée dans le temps au cours de laquelle l'employeur transmet au stagiaire, sur le lieu de travail, des connaissances professionnelles pertinentes, dans une approche pratique.

Pendant le stage, le chômeur complet indemnisé est disponible pour le marché de l'emploi.

Les stages organisés dans le cadre du programme Erasmus+ ou du Corps européen de solidarité sont dispensés de l'obligation mentionnée dans l'alinéa 1^{er}, 2^o, ainsi que de celle mentionnée dans l'alinéa 3.

Le ministre peut modifier le montant mentionné dans l'alinéa 1^{er}, 6^o.

§ 2 – Les chômeurs complets indemnisés qui ont été autorisés à participer à un stage conformément au paragraphe 1^{er} n'obtiennent pas de dispense. L'Office de l'emploi ne conclut aucun contrat de formation professionnelle avec eux. Il ne conclut aucun contrat d'assurances pour ces mêmes personnes.

Chapitre 5 – Qualification sur le lieu de travail

Section 1^{re} – Formation professionnelle individuelle en entreprise

Art. 36 – Demande

Tout employeur qui envisage d'assurer une formation professionnelle individuelle en entreprise introduit une demande en ce sens auprès de l'Office de l'emploi.

Cette demande reprend les informations suivantes :

- 1° l'identité de l'employeur;
- 2° une description du poste à pourvoir;
- 3° une description détaillée du contenu de la formation;
- 4° l'identité du ou des formateurs;
- 5° les conditions de travail proposées au terme du contrat de formation, notamment la nature du contrat, la rémunération et le régime de travail.

Art. 37 – Admission

Par dérogation au chapitre 2, section 2, l'Office de l'emploi peut autoriser un demandeur d'emploi à participer à une formation professionnelle individuelle en entreprise si :

- 1° elle répond aux caractéristiques mentionnées dans l'article 2;
- 2° l'employeur dispose d'un poste vacant;
- 3° le demandeur d'emploi peut apprendre, au cours de la formation professionnelle individuelle en entreprise, l'activité visée, et ce, dans le délai fixé à l'article 40;
- 4° il existe une différence significative concernant les connaissances et les aptitudes entre le profil de candidat du demandeur d'emploi et les exigences minimales requises pour le poste à pourvoir conformément à l'article 36, alinéa 2, 2°.

Art. 38 – Contrat

La formation professionnelle individuelle en entreprise fait l'objet d'un contrat conclu entre le demandeur d'emploi, l'employeur et l'Office de l'emploi.

Ce contrat reprend au moins les données et éléments suivants :

- 1° l'identité des parties contractantes;
- 2° l'adresse du domicile ou, selon le cas, de l'unité d'établissement des parties contractantes;
- 3° le numéro d'entreprise de l'employeur;
- 4° une description du poste à pourvoir;
- 5° une description détaillée du contenu de la formation professionnelle;
- 6° l'identité et la fonction de l'accompagnateur désigné;
- 7° la façon dont l'Office de l'emploi assurera l'accompagnement de la formation professionnelle;
- 8° la durée du contrat;
- 9° le régime de travail;
- 10° le montant de la prime de productivité;
- 11° les modalités de paiement des frais de déplacement, de l'indemnité pour frais professionnels ainsi que de tout autre complément de salaire habituel au sein de l'entreprise;
- 12° les conditions selon lesquelles une formation professionnelle individuelle en entreprise peut être interrompue;
- 13° l'obligation pour l'employeur de respecter les dispositions en matière de protection du travail et des données;
- 14° l'obligation pour l'employeur de s'engager à assurer la formation et à accompagner le demandeur d'emploi pendant la formation professionnelle individuelle en entreprise;
- 15° les droits et devoirs des parties contractantes.

Les articles 10 à 13 s'appliquent au contrat.

L'Office de l'emploi fixe le modèle de contrat.

Art. 39 – Indemnité

Le demandeur d'emploi qui participe à une formation professionnelle individuelle en entreprise reçoit, à charge de l'employeur :

1° une prime de productivité qui correspond au travail effectué et à la différence entre le salaire imposable auquel l'employeur est tenu au terme de la formation et les revenus de remplacement du demandeur d'emploi;

2° une indemnité de déplacement, à charge de l'employeur, conformément à la convention collective à laquelle il est soumis;

3° le cas échéant, une indemnité de déplacement et/ou une indemnité pour frais professionnels, à charge de l'employeur, conformément à la convention collective à laquelle il est soumis;

4° tout autre complément de salaire habituel conformément à la convention collective à laquelle l'employeur est soumis.

Le demandeur d'emploi non indemnisé a droit à une allocation de formation professionnelle au sens de l'article 36ter de l'arrêté du 25 novembre 1991.

Art. 40 – Durée

La durée minimale d'une formation professionnelle individuelle en entreprise est de quatre semaines.

La durée maximale d'une formation professionnelle individuelle en entreprise est de six semaines. Dans des cas exceptionnels dûment justifiés, l'Office de l'emploi peut autoriser une prolongation de la durée d'une formation professionnelle individuelle en entreprise pour six mois au maximum.

Art. 41 – Engagement obligatoire

L'employeur s'engage, dans le cadre du contrat mentionné dans l'article 38, à engager en tant que salarié le demandeur d'emploi qui a participé à une formation professionnelle au sein de son entreprise dès la fin de celle-ci, et ce, pour une durée correspondant au moins à celle de ladite formation.

Le demandeur d'emploi est engagé pour un poste dans l'activité apprise et aux conditions habituellement en vigueur dans l'entreprise pour cette activité.

Art. 42 – Assurance

Pour les demandeurs d'emploi inoccupés et les demandeurs d'emploi indemnisés, l'employeur conclut un contrat d'assurance contre les accidents survenant pendant la formation professionnelle et sur le chemin de la formation. Ce contrat d'assurance garantit aux demandeurs d'emploi les mêmes avantages que ceux qu'un assureur doit accorder à un salarié dans la profession apprise conformément aux lois susmentionnées des 10 avril 1971 et 3 juillet 1967 et à leurs arrêtés d'exécution, en fonction de la loi applicable à l'employeur parmi celles précitées.

Sans préjudice de l'alinéa 1^{er}, l'employeur conclut, pour la durée de la formation professionnelle, un contrat d'assurance de la responsabilité civile au sens de la loi du 4 avril 2014 relative aux assurances. Ce contrat d'assurance couvre la responsabilité individuelle des demandeurs d'emploi inoccupés et des chômeurs complets indemnisés

pour les dommages causés par eux aux tiers, à l'employeur qui possède l'entreprise dans laquelle ils complètent leur formation et aux employés de cette entreprise.

Section 2 – Stage de transition

Art. 43 – Admission

Par dérogation au chapitre 2, section 2, l'Office de l'emploi peut autoriser le demandeur d'emploi inoccupé à participer à un stage de transition conformément aux dispositions de l'article 36*quater* de l'arrêté du 25 novembre 1991 s'il :

1° est inscrit, au début du stage, comme demandeur d'emploi inoccupé en insertion professionnelle;

2° est porteur, au plus, d'un certificat de fin d'études de l'enseignement secondaire supérieur.

Art. 44 – Début du stage de transition

Le stage de transition prend cours au plus tôt le 76^e jour du stage d'insertion tel que visé à l'article 36, § 1^{er}, 4°, et au plus tard, le 310^e jour de celui-ci.

Art. 45 – Contrat

Le stage de transition fait l'objet d'un contrat conclu entre le stagiaire, le fournisseur de stage et l'Office de l'emploi.

Ce contrat reprend au moins les données et éléments suivants :

1° l'identité des parties contractantes;

2° l'adresse du domicile ou, selon le cas, de l'unité d'établissement des parties contractantes;

3° le numéro d'entreprise du fournisseur de stage;

4° l'objectif du contrat;

5° la façon dont l'Office de l'emploi assurera l'accompagnement du stage;

6° la durée du contrat qui ne peut être inférieure ou supérieure à celle fixée dans l'article 36*quater*, § 3, de l'arrêté du 25 novembre 1991;

7° le montant de l'indemnité mensuelle à charge du fournisseur de stage conformément à l'article 36*quater*, § 1^{er}, 8°, et § 5, de l'arrêté du 25 novembre 1991 ainsi que l'obligation de payer cette indemnité dans un délai de quatre jours ouvrables suivant le mois auquel elle se rapporte;

8° les droits et devoirs des parties contractantes;

9° un renvoi général dont il ressort que le contrat est soumis aux dispositions de l'article 36*quater* de l'arrêté du 25 novembre 1991;

10° un renvoi aux dispositions en vigueur en matière de protection des données;

11° les conditions auxquelles le stage de transition peut être interrompu.

Les articles 10, 12 et 13 s'appliquent au contrat.

L'Office de l'emploi fixe le modèle de contrat.

Art. 46 – Assurance

L'employeur conclut, pour les stagiaires, un contrat d'assurance contre les accidents survenant pendant la formation professionnelle et sur le chemin de la formation. Ce contrat d'assurance garantit aux stagiaires les mêmes avantages que ceux qu'un assureur

doit accorder à un salarié dans la profession apprise conformément aux lois susmentionnées des 10 avril 1971 et 3 juillet 1967 et à leurs arrêtés d'exécution, en fonction de la loi applicable à l'employeur parmi celles précitées.

Sans préjudice de l'alinéa 1^{er}, l'employeur conclut, pour la durée de la formation professionnelle, un contrat d'assurance de la responsabilité civile au sens de la loi du 4 avril 2014 relative aux assurances. Ce contrat d'assurance couvre la responsabilité individuelle des stagiaires pour les dommages causés par eux aux tiers, à l'employeur qui possède l'entreprise dans laquelle ils ont terminé leur formation et aux employés de cette entreprise.

Art. 47 - Fin de la formation professionnelle

Avant que l'Office de l'emploi n'établisse l'attestation mentionnée à l'article 36^{quater}, § 5, alinéa 3, de l'arrêté du 25 novembre 1991, il demande l'avis du stagiaire et du fournisseur de stage.

Ces avis sont introduits auprès de l'Office de l'emploi dans un délai de sept jours calendrier. En l'absence de ces avis ou si seul l'un d'entre eux a été introduit pendant ce délai, l'Office de l'emploi établit l'attestation susmentionnée dans un délai de sept jours calendrier.

Art. 48 – Engagement non obligatoire

La conclusion d'un stage de transition n'oblige pas le fournisseur de stage à engager le stagiaire dans les liens d'un contrat de travail à l'issue du stage.

Chapitre 6 – Contrôle, retrait et recours

Art. 49 – Respect des obligations

L'admission à une formation professionnelle, à une formation professionnelle individuelle en entreprise et à un stage de transition ainsi que l'octroi de la dispense ou, selon le cas, d'une prime et d'une indemnité de déplacement sont soumis au respect des obligations et conditions fixées dans le présent arrêté et le contrat de formation professionnelle.

Pour vérifier le respect des obligations du demandeur d'emploi inoccupé et du chômeur complet indemnisé, l'Office de l'emploi peut exiger d'eux une déclaration dont il ressort qu'ils ont suivi la formation professionnelle de manière régulière et consciencieuse.

Art. 50 – Avertissement et mise en demeure

Si l'Office de l'emploi constate que le demandeur d'emploi inoccupé et le chômeur complet indemnisé ne respectent pas une ou plusieurs obligations ou conditions, il les avertit et les met en demeure de remplir sans délai ces obligations, et ce, sans préjudice de l'application des articles 10 à 13.

Art. 51 – Retrait

§ 1^{er} – Si le demandeur d'emploi ou le chômeur complet indemnisé, après l'invitation mentionnée à l'article 50, continue à ne pas remplir ces obligations, l'Office de l'emploi lui retire l'admission à une formation professionnelle et l'octroi de la dispense ou, selon le cas,

de la prime et de l'indemnité de déplacement, sans préjudice de l'application des articles 10 à 13.

§ 2 – L'Office de l'emploi retire également l'admission à une formation professionnelle et l'octroi de la dispense ou, selon le cas, de la prime et de l'indemnité de déplacement au demandeur d'emploi inoccupé ou au chômeur complet indemnisé, s'ils mettent fin prématurément à la formation professionnelle ou si l'opérateur de formation met fin à ladite formation en raison du comportement de la personne concernée.

Pour les demandeurs d'emploi dont l'inscription est obligatoire, l'Office de l'emploi transmet le dossier à son service de contrôle en application de l'article 2, 5°, du décret du 17 janvier 2000.

§ 3 – L'Office de l'emploi transmet au demandeur d'emploi sa décision prise en vertu des §§ 1^{er} et 2 par lettre recommandée.

Chapitre 7 – Dispositions finales

Art. 52 – Disposition modificative

Dans l'article 36^{quater}, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 4°, de l'arrêté du 25 novembre 1991, remplacé par l'arrêté royal du 10 novembre 2012, les mots « le 156^e jour » sont remplacés par les mots « le 76^e jour ».

Art. 53 – Disposition modificative

Dans le même arrêté sont abrogés :

- 4° l'article 91, modifié par les arrêtés royaux des 2 octobre 1992 et 5 mars 2006;
- 2° l'article 92, modifié en dernier lieu par l'arrêté royal du 1^{er} juillet 2014;
- 3° l'article 93, modifié en dernier lieu par l'arrêté royal du 28 décembre 2011;
- 4° l'article 94, modifié en dernier lieu par l'arrêté royal du 1^{er} juillet 2014.

Art. 54 – Disposition modificative

Dans l'article 4, § 2, de l'arrêté du Gouvernement du 18 janvier 2002 relatif au stage d'orientation, les mots « la prime visée à l'article 24, 1°, de l'arrêté de l'Exécutif de la Communauté germanophone du 12 juin 1985 » sont remplacés par les mots « une prime conformément à l'article 14 de l'arrêté du Gouvernement du *** relatif aux formations professionnelles destinées aux demandeurs d'emploi ».

Art. 55 – Disposition modificative

Dans l'article 13, alinéa 1^{er}, de l'arrêté du Gouvernement du *** portant exécution du décret du 28 mai 2018 relatif aux mesures AktiF et AktiF PLUS destinées à promouvoir l'emploi, les 1° et 2° sont remplacés par ce qui suit :

« 1° la formation professionnelle individuelle en entreprise, mentionnée dans le chapitre 5, section 1^{re}, de l'arrêté du Gouvernement du *** relatif aux formations professionnelles destinées aux demandeurs d'emploi;

2° le stage de transition mentionné au chapitre 5, section 2, du même arrêté; ».

Art. 56 – Disposition abrogatoire

L'arrêté de l'Exécutif de la Communauté germanophone du 12 juin 1985 relatif à l'octroi de certains avantages aux personnes recevant une formation professionnelle, modifié en dernier lieu par l'arrêté du Gouvernement du 22 avril 2013, est abrogé.

Art. 57 – Disposition transitoire

Toutes les personnes admises, avant l'entrée en vigueur du présent arrêté, à une formation professionnelle, à une formation professionnelle individuelle en entreprise ou à un stage de transition en application de l'arrêté de l'Exécutif du 12 juin 1985 relatif à l'octroi de certains avantages aux personnes recevant une formation professionnelle, continuent à être soumises, jusqu'à la fin de la formation en question, aux dispositions de l'arrêté de l'Exécutif susmentionné, dans sa version en vigueur au 31 décembre 2018.

Les personnes qui, avant l'entrée en vigueur du présent arrêté, avaient droit, conformément au même arrêté de l'Exécutif du 12 juin 1985, à une prime ou à une indemnité de déplacement ou de séjour, ou qui, en vertu des articles 91 à 94 de l'arrêté du 25 novembre 1991, bénéficiaient d'une dispense, continuent à jouir, jusqu'à la fin de la formation en question mentionnée dans l'alinéa 1^{er}, de ces avantages conformément aux conditions fixées par les deux arrêtés susmentionnés, dans leur version en vigueur au 31 décembre 2018.

Art. 58 - Entrée en vigueur

Le présent arrêté entre en vigueur le 1^{er} janvier 2019.

Art. 59 – Exécution

Le Ministre de l'Emploi est chargé de l'exécution du présent arrêté.

Eupen, le...

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Le Ministre-Président
O. PAASCH

La Vice-Ministre-Présidente, Ministre de la Culture, de l'Emploi et du Tourisme
I. WEYKMANS